

Bezugspreis:

Einzelheft 10.— Pf., monatlich 30.— Pf., vierteljährlich 90.— Pf., halbjährlich 180.— Pf., jährlich 360.— Pf. (Post- und Transportgebühren). Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Rheingebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Österreich-Ungarn und Rumänien 20.— Pf., für das übrige Ausland 25.— Pf. (Post- und Transportgebühren). Anzeigenpreise siehe Seite 2. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerzuschlag.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Erdkunde und Kleinanzeigen“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197

Dienstag, den 3. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54

Zwölf Tage!

Die Beratungen des Obersten Ententesrats haben, wie zu erwarten war, zur Annahme eines Kompromisses geführt, das nach der letzten Bestätigung bedarf, von Havas aber in seinen Hauptzügen mitgeteilt wird. Danach wird zwischen die Botschläge der Entente und die beabsichtigte Befehung des Ruhrreviers eine Frist von zwölf Tagen gelegt, von denen fünf bis sechs für Deutschland übrig bleiben sollen, um zu überlegen, ob es die ultimativen Forderungen der Entente annehmen will oder nicht. Für diejenigen Franzosen, die eine Annahme des Ultimatums und damit die vorläufige Vereitelung ihrer Rachepläne befürchten könnten, wird beruhigend hinzugefügt, daß der Fall einer Weigerung Deutschlands der wahrscheinlichere sei.

Die Reparationskommission will drei Sorten von Bonds ausgeben: eine erste über 12 Milliarden Goldmark, die innerhalb eines Jahres zahlbar ist; eine zweite über 38 Milliarden, die am 1. November d. J. und eine dritte über 80 Milliarden, die zu einem späteren Zeitpunkt ausgegeben werden soll. Das sind die 132 Milliarden der Gesamtrechnung; sie sollen von Deutschland in 36 Jahren verzinst und getilgt werden. Deutschland hätte danach 36 Jahre lang im Jahr durchschnittlich 6,6 Milliarden Goldmark zu leisten. In Frankreich rechnet man damit, daß es erklären werde, dies nicht zu können, und daß dann die Befehung des Ruhrreviers erfolgen wird.

Inzwischen hat, wie schon gemeldet, die Reparationskommission der deutschen Regierung mitgeteilt, daß von den 20 Milliarden, die am 1. Mai fällig waren, erst 8 gezahlt sind und 12 noch ausstehen. Die deutsche Regierung hatte bekanntlich ihre bisherigen Leistungen nicht auf 8, sondern auf über 21 Milliarden geschätzt; und diese Schätzung mag anschaubar sein. Aber Deutschland hat in den letzten zwei Jahren ungeheure Mengen der verschiedensten Güter an die Entente geliefert: Schiffe, Kabel, Lokomotiven, Vieh, Kohle, Chemikalien usw., und daß dies alles genau 8 Milliarden Goldmark ausmachen soll — keine Mark mehr und keine weniger, muß Staunen erregen. Die Zahl dieser runden Milliardenzahl zeigt, daß es sich um keine wirkliche Berechnung handelt, sondern um eine ganz willkürliche Veranschlagung, bei der die Milliarde Goldmark als niedrigste Recheneinheit gilt. Ein paar hundert Millionen drüber oder drunter fallen dabei gar nicht ins Gewicht.

Man muß fragen, wie eine geordnete Erledigung der deutschen Zahlungspflichten möglich sein soll, wenn es bei dieser Methode verbleibt, die sich von allen Grundlagen kaufmännischen Rechnens und kaufmännischer Buchführung meilenweit entfernt hält. Wie ist mit den Gütern der europäischen Volkswirtschaft, das heißt mit Fleisch und Blut des Volkes selbst, in gewissermaßen willkür umgesprungen worden. Alle diese Zahlungspläne und Rechnungen sind weiter nichts als die Nullen, hinter der sich das machtpolitische Streben verbirgt.

Mag auch die Sorge über die Auflösung der französischen Herrschaft in Europa die Alliierten mehr beunruhigen, als sie erkennen lassen, so haben sie doch offenbar Gründe, dem Nachstreben Frankreichs keine Schranken entgegenzusetzen. Frankreich will marschieren, und die heimlichen guten Freunde, die Deutschland in der Welt hat, werden eben nur bedauerlich die Achseln zucken, wenn es marschiert.

Während das Ruhrrevier das Haupt fesselt, um den Streich zu empfangen, dauert im Osten Deutschlands die Aufregung über einen etwa bevorstehenden tschechoslowakischen Einmarsch noch fort. Was die Tschechoslowakei betrifft, so wird uns von einer zuverlässig unterrichteten Stelle mitgeteilt, daß alle derartigen Gerüchte in das Reich der Phantasie zu verweisen sind. Polen aber dürfte — trotz der beunruhigenden Erscheinungen in Oberschlesien — von der Gesamtentente gekremt werden.

Über die Absichten der deutschen Regierung will M. von „zuständiger“ Seite erfahren haben: „Die Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die amerikanische Aktion noch nicht abgeschlossen ist. Aus Amerika liegt bis zur Stunde noch keinerlei Antwort auf die letzte deutsche Note vor, und wir können die Aktion nicht dadurch stören, daß wir an den einen oder anderen der Alliierten andere Mitteilungen gelangen lassen.“

Wir möchten, trotz aller Kritik an dem Verhalten der deutschen Regierung, zunächst aus Höflichkeit bezweifeln, daß diese Mitteilung wirklich von einer „zuständigen“ Stelle stammt. Sie klingt eher wie die Erfindung eines geistesgeschwachen Berichterstatters.

Somit verlautet über die Absichten der Regierung nichts.

sehung notwendig sind, in erster Linie also die Einberufung der Jahresklasse 1919. Während der nötigen Vorbereitungszeit wird die Reparationskommission an Deutschland eine Zustellung über die Zahlungsweise und die Sicherheiten für die Zahlungen zur Begleichung seiner Schuld ergehen lassen. Wenn Deutschland bis zum Ablauf dieser Frist seine Zustimmung nicht gegeben hat, so wird die Befehung des Ruhrreviers unverzüglich wirksam werden.

Deutschland wird 36 Jahresraten von je 5 Proz. seiner Schuld leisten müssen. Bis 1926 ist ein Zinsfuß von 2½ Proz. vorgegeben, der in der Folge auf 5 Proz. einschließlich der Tilgung erhöht wird. Die Reparationskommission wird drei Sorten von Bonds ausstellen, eine erste Rate von 12 Milliarden Goldmark, innerhalb eines Jahres zahlbar, eine zweite Rate von 38 Milliarden, die am 1. November ausgegeben wird, dann eine dritte Rate von 80 Milliarden, die je nach der Zahlungsfähigkeit des internationalen Geldmarktes und der Zahlungsfähigkeit Deutschlands ausgegeben werden wird.

Der Oberste Rat hat diesen Entwurf in seinen großen Zügen genehmigt.

Die Finanzsachverständigen sollten am 3. Uhr die Zahlungsbedingungen und die Sicherheiten endgültig feststellen, die dazu bestimmt sind, an Stelle des territorialen Unterpfandes zu treten. Die Befehung würde nämlich nicht stattfinden, falls Deutschland die ihm von der Reparationskommission aufgegebenen Bedingungen annehmen sollte. Die Zustellung wird innerhalb einer Frist von vier Tagen erfolgen und die deutsche Regierung wird innerhalb einer Frist von fünf bis sechs Tagen antworten müssen. Das militärische Vorgehen wird in dem wahrscheinlichsten Fall einer Weigerung Deutschlands keine Verzögerung erleiden.

Der Oberste Rat sollte am 5. Uhr nochmals zusammentreten, um einen endgültigen Beschluß zu fassen trotz der Meinungsverschiedenheiten, die zulage getreten waren. Diese Lösung soll die Fortdauer der Solidarität zwischen den Verbandsregierungen sichern, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die englische Flotte an der Durchführung der Zwangsmassnahmen teilnehmen wird, es müßte denn gerade sein, daß dies infolge des Bergarbeiterstreikes unmöglich würde.

London, 2. Mai. (Reuter.) Die Sitzung des Obersten Rates ist auf morgen vormittag 11 Uhr verlegt worden. Briand erklärte, daß eine Einigung beinahe erreicht sei.

Änderungen der Finanzleute.

Paris, 2. Mai. (E.E.) Am 3.30 Uhr trafen die Finanzsachverständigen zusammen. Die drei Kategorien von Bonds, die man von Deutschland verlangt, wurden wie folgt geändert:

1. 12 Milliarden Goldmark sind binnen einem Jahre einzulösen.

2. 38 Milliarden, ursprünglich waren 54 in Aussicht genommen, müssen bis 1. November 1921 übergeben werden.

3. 80 Milliarden werden dann ausgegeben werden, wenn der Weltmarkt Zahlungsfähigkeit dafür zeigt.

Der Zinsfuß wird bis 1926 mit 3½ Proz. berechnet, von 1926 an mit 5 Proz.

Die Garantien.

Paris, 2. Mai. (E.P.) Als Garantien werden genannt eine Zollkontrolle des Exports und anderer Rezheneinnahmen durch eine sogenannte Garantienkommission. Doch ist es wahrscheinlich, daß noch andere Garantien vorgeesehen sind.

Der Evansplan erledigt.

London, 2. Mai. (W.B.) Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt, von den Finanzsachverständigen sei der Plan des britischen Kriegsministers, Sir Mordecai Evans, daß die von Deutschland zu bezahlenden Annuitäten nur auf 100 Millionen Pfund Sterling festgesetzt, die der Beschlagnahme unterliegende Quote des deutschen Ausfuhrzollens jedoch von 12 auf 25 Proz. erhöht werden soll, nicht angenommen worden.

London, 2. Mai. (W.B.) „Daily Telegraph“ zufolge erklärte Graf Sforza, wenn die deutsche Wirtschaftsmaschine zusammenbreche, dann werde vielleicht auch die politische Struktur Deutschlands zusammenfallen und die Rückwirkung auf Italien und andere Staaten keine unbedeutende sein. Europa brauche vor allen Dingen Frieden oder wenigstens den Geist des Friedens. Daher müsse, bevor neue Zwangsmassnahmen in Kraft treten, ein letzter Versuch zur Verständigung gemacht werden, ohne daß Deutschland dabei irgendeine Gelegenheit zu einem bilateralen Verfahren gegeben werde.

London, 2. Mai. (W.B.) „Manchester Guardian“ berichtet, daß Lloyd George in einer persönlichen Unterredung mit Briand in London diesen erneut auf die kritische innerpolitische Lage in England durch die Fortdauer des Bergarbeiterstreiks hingewiesen habe, und daß er in Verbindung damit vor einem Aberrichten Einmarsch in das Ruhrgebiet ausdrücklich warnte. Der Ministerpräsident habe u. a. auch auf die Gefahr einer gemeinsamen Gegenaktion der deutschen und englischen Bergarbeiter angespielt, sowie auf die Rückwirkung auf die Bergleute der übrigen alliierten Staaten.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Kompatteileite kostet 5,50 M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 1,50 M. (unabhängig vom festgedruckten Wort), jedes weitere Wort 1.— M. Stellungs- und Schlusszeilenanzeigen das erste Wort 1.— M., jedes weitere Wort 60 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 50 Hg. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerzuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstr. 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Oberschlesiens Bedrängnis.

Kattowitz, 2. Mai. (W.B.) Nach den bisher vorliegenden Nachrichten befinden sich bis heute nachmittags etwa 80 Proz. sämtlicher Gruben des ober-schlesischen Industriebezirks im Streik. Von 240 000 Arbeitern streiken etwa 190 000. Mit Ausnahme der Eisenhütte Ferrum im Bezirk Schoppinitz wird auf allen Eisenhütten gearbeitet.

Es ist vielfach festgestellt worden, daß ein großer Teil der Streikenden den Grund des Streiks überhaupt noch nicht kennt. Zahlreiche Bergarbeiter, die zum Feiern gezwungen waren, äußern ihre lebhafteste Mißbilligung über den Streik. Die Veröffentlichungen der „Oberschlesischen Grenzzeitung“ sind offenbar als Signal für die Aktion anzusehen, die bezweckt, durch die Provokation der polnischen Minderheit auf die bevorstehende Beschlußfassung des Obersten Rates in der ober-schlesischen Frage entscheidenden Einfluß auszuüben. In den deutschen führenden Kreisen Oberschlesiens verkennt man nicht den Ernst der Lage, doch hofft man, daß an der geschlossenen Haltung der deutschen Mehrheit in der ober-schlesischen Bevölkerung die Provokation der polnischen Minderheit scheitern wird.

Es besteht also die Befürchtung, daß die Polen mit dem Proteststreik ähnliche Absichten haben, wie mit den Streikvorbereitungen vor dem August-Putsch im vorigen Jahre. Daher ist es von doppeltem Interesse festzustellen, wie wenig die ober-schlesischen Befehlungsbehörden für einen solchen Fall durch Sicherheitsmaßnahmen vorgesorgt haben. Hierzu erhalten wir folgenden Bericht:

Der polnische Augustaufstand von 1920 hatte offen ausgesprochen vornehmlich die Entfernung der Sicherheitspolizei aus Oberschlesien als Ziel. Die Interalliierte Kommission zog schon in den ersten Aufstandstagen die Sicherheitspolizei aus den Grenzgebieten zurück, entwaffnete sie und schob schließlich die reichsdeutschen Beamten über die Demarkationslinie ab; die geborenen Oberschlesier der Sicherheitspolizei wurden als Stamm für die neu aufzustellende Abstimungspolizei zurückgehalten. Die Interalliierte Kommission kam der polnischen Forderung gern entgegen, weil sie in der Sicherheitspolizei eine deutsche Kampftruppe als Gegengewicht gegen die Befehlungsgruppen erblickte. Dabei war die Sicherheitspolizei kaum dreitausend Mann stark und ungenügend bewaffnet, während die Befehlungsgruppen vielfach so stark und mit den modernsten Kampfmitteln ausgerüstet sind.

Den Polen aber war der wichtigste Grund für die Entfernung der Sicherheitspolizei der, daß eine intakte Polizei selbstverständlich auch die Grenzsicherung nach beiden Seiten in gleicher Schärfe durchführte, und somit auch die ober-schlesische Grenze nach Polen abschloß. Die feststehende Tatsache, daß nach dem Augustaufstand 1920 die polnische Grenze niemals, selbst nicht während der Abstimung völlig geschlossen war, ist der Öffentlichkeit nicht hinreichend bekannt. Welche Vorteile die polnische Propaganda hieraus zum Schaden der ober-schlesischen Bevölkerung gezogen hat, liegt klar auf der Hand. Wegen des Hereinströmens der Verbrecherbanden, die sich unter dem Namen „Bojowka Polska“ inzwischen in Polen organisiert hatten, war kein Damm mehr vorhanden; nach verübter Tat konnten die Banden stets ungehindert und ohne Gefahr wieder nach Polen zurückkehren. Ebenso war es der geheimen polnischen Militärorganisation, die nach dem Augustaufstand zu sehr erheblicher Stärke answoll, möglich, ihren Nachschub ungehindert auszuführen und die Verbindung nach Polen aufrecht zu erhalten.

Diese Tatsachen waren der Interalliierten Kommission nicht unbekannt, denn selbst die polnische Propaganda machte hieraus kein Hehl; im Gegenteil, sie benutzte diesen Umstand immer wieder als Einschüchterungsmittel gegen die ober-schlesische Bevölkerung. So konnte sich Korsantj in der „Grenzzeitung“ damit brüsten, daß allein bei der Einweihung des Denkmals für die in den ober-schlesischen Aufständen Gefallenen in Sosnowice 40 000 Oberschlesier ohne Paß über die Grenze gegangen waren. Auf diese Tatsache ist die Interalliierte Kommission wiederholt aufmerksam gemacht worden und auch darauf, daß die aus der polnischen Armee entlassenen Oberschlesier vielfach in geschlossenen Formationen ohne Kontrolle über die Grenze kamen und daß fortwährend Tausende von Oberschlesiern zur Vollendung ihrer militärischen Ausbildung nach Polen gingen und wieder zurückkamen. Während man, um von Oberschlesien nach Deutschland und von Deutschland nach Oberschlesien zu kommen, sich den schärfsten Bestimmungen und der schärfsten Kontrolle unterwerfen muß, genügt zur Ueberschreitung der Grenze nach Polen ein einfacher Ausweis von Korsantj. Klarer können die tatsächlichen „Rechts“-Verhältnisse in Oberschlesien während der Abstimungszeit nicht beleuchtet werden.

Diese Zustände wurden nur dadurch möglich, daß die Abstimmungspolizei durch den bei jeder Gelegenheit bekannten nationalen Zwist vollkommen den Charakter einer objektiven Polizei verloren hatte und immer mehr zu einem politischen Machtinstrument geworden war. Nach den Zusicherungen der Interalliierten Kommission sollte die Abstim-

London, 2. Mai. (Havas.) Im Redaktionsausdruck (Briand, Cord Surjon, Graf Sforza, Japyar) kam eine Verständigung über einen Wortsatz zustande, dessen Annahme wohl nicht zweifelhaft ist. Dieser Entwurf wird es Frankreich ermöglichen, unverzüglich die militärischen Maßnahmen einzuleiten, die für die vorgezeichnete Be-

mungspolizei paritätisch zusammengefasst sein und nur aus moralisch einwandfreien Beuten bestehen, Tatsache ist aber jedenfalls, daß von den Polen in die Abstimmungspolizei eine große Zahl von Personen hineingeschickt wurde, die sich an beiden Augustausständen mit der Waffe in der Hand beteiligt hatten, und unter denen sich viele von den Gerichten gefügte Verbrecher befanden. Die Interalliierte Kommission machte die Interalliierte Kommission durch eine Amnestie straflos; die Verbrecher wurden dadurch geschützt, daß das Kommando der Polizei verbot, nach dem Vorleben der neuangestellten Beamten zu forschen. Fast sämtliche polnischen Führer sind aus der polnischen Armee oder aus der geheimen polnischen Kampforganisation hervorgegangen und gehören ihr, mit wenigen Ausnahmen, bis zum heutigen Tage an. Ebenso steht der größte Teil der polnischen Unterbeamten mit der Kampforganisation in Verbindung. Alle polnischen Beamten werden von der polnischen Propaganda durch erhebliche Geldmittel unterstützt; die polnischen Beamten, die früher der polnischen Armee angehört haben, beziehen auch noch jetzt von dorthin ihre Löhnung.

Es war daher nicht überraschend, daß, als nach der Abstimmung der polnische Terror sich wieder über die leidende deutsche Bevölkerung Oberschlesiens ergoß, alle polnischen Beamten der Abstimmungspolizei mit den Aufständischen gemeinsame Sache machten. Sie überfielen und entwarfen die deutschen Polizeibeamten, mißhandelten sie, zwangen sie zur Aufgabe ihres Dienstes, sie schreckten sogar nicht davor zurück, deutsche Beamte nach Polen zu verschleppen oder ihrer Ermordung durch die bewaffneten Banden ruhig zuzusehen. Keinesfalls haben sie das geringste getan, um die grundlos überfallene, völlig wehrlose deutsche Bevölkerung vor Mord und Terror zu schützen, die diese Schreckenstage nur deshalb durchmachen mußte, weil die Abstimmung nicht den polnischen Wünschen entsprach und die Polen sich in ihren Hoffnungen getrogen sahen.

Die Maßnahmen der Interalliierten Kommission zur Beendigung dieser unglaublichen Zustände waren, wie auch nicht anders zu erwarten war, ungenügend und ermangelten des energischen Willens, mit ausreichender Strenge gegen die sich als „Freiheitskämpfer“ aufspielenden polnischen Banden vorzugehen. Und das wenige Stunden nachdem die obereschlesische Bevölkerung in überwiegender Mehrheit befunden hatte, daß sie von der polnischen Freiheit und dem polnischen Paradies nichts wissen will!

Nun hätte man aber erwarten dürfen, daß die augenblickliche Regierung, die ständig der obereschlesischen Bevölkerung etwas von einer neuen „Mera der Freiheit und Gerechtigkeit“ erzählt, auch die Lehre aus diesen Schreckenstagen ziehen und den ernstlichen Willen zeigen würde, durch eine gründliche Reform der Polizei diesen unhaltbaren und schändlichen Zuständen endlich ein Ende zu machen. Auch der Interalliierten Kommission müssen die Beamten bekannt sein, die sich an den letzten Unruhen aktiv beteiligt haben und die sich zum größten Teil noch jetzt in Oberschlesien befinden. Trotzdem erfreuen sich diese Geseßesverächter, die sich Polizei nennen, der Freiheit, und die Verwaltung des Landes, die sich völlig in französischen Händen befindet, fühlt sich nicht bewogen, diesen Dingen ein Ende zu machen.

Am schlimmsten sind in dieser Beziehung die Zustände in der Gruppe Kattowitz, die unter dem Kommando des französischen Majors Fegler steht. Dieser Gruppe unterstehen in polizeilicher Hinsicht die Kreise Beuthen, Kattowitz, Rybnik und Pleß. Es ist ja allgemein bekannt, welch unerhörter Terror besonders in diesen Kreisen geübt wurde und sich ungehindert ausbreiten konnte. Fast zweihundert gemordete Deutsche allein in diesen Kreisen sind das Ergebnis des polizeilichen Schutzes, den die Interalliierte Kommission der Bevölkerung hat angedeihen lassen.

Die Entscheidung über Oberschlesiens Zukunft steht noch aus. Nach dem Ergebnis der Volksabstimmung kann sie nur

so ausfallen, daß die polnische Propaganda unter Führung Korantys noch einmal an die Leidenschaften der in ihrem Solde stehenden Verbrecherbanden appellieren wird, um noch den letzten Versuch zu wagen, das heißbegehrte Industriegebiet der polnischen Regierung in die Hand zu spielen. Und nach allen Erfahrungen, die die obereschlesische Bevölkerung seit dem 11. Februar 1920 gemacht hat, ist die Befürchtung nur allzu sehr begründet, daß Oberschlesien schweren Tagen entgegen geht. Die Polen organisieren offen ein sogenanntes „Oberschlesisches Freikorps“, bauen die alten Organisationen aus und das alles vollzieht sich unter den Augen der Interalliierten Kommission und ihrer zahlreichen Organe, die nichts sehen und hören wollen.

Verhärtung des Streiks.

Beuthen (Oberschlesien), 2. Mai. (WZB.) Die Streiklage im obereschlesischen Abstimmungsgebiet hat sich bis in die Abendstunden hinein verschärft. Von 62 Gruben streiken 55.

In Kars und Bobrek wurden die Eisenbahnbeamten aus dem Bureau verjagt; die Kars-Beamten kücketen in die Nachbarstadt Beuthen. Apo wurde beauftragt, die Bahnhöfe zu besetzen, so daß in den Nachmittagsstunden der regelmäßige Zugverkehr wieder aufgenommen werden konnte.

Le Rond verläßt Oberschlesien.

Oppeln, 2. Mai. (WZB.) Die Interalliierte Kommission teilt am 1. Mai mit, General Le Rond habe Oberschlesien am 30. April verlassen, um sich nach Frankreich zu begeben. Der Vorsitz in der Interalliierten Kommission ist auf General de Marini (Italien) übergegangen. Die Vertretung Frankreichs übernahm General Konsul Ponsob.

Die Interalliierte Kommission verbietet Umzüge.

Beuthen (Oberschlesien), 2. Mai. (WZB.) Da man auch in den Kreisen der Interalliierten Kommission annimmt, daß es sich um einen politischen Streik handelt, der durch die bekanntgewordene angebliche Entscheidung über eine Teilung Oberschlesiens veranlaßt ist, wurden Umzüge, die gestattet waren, falls sie ohne Fahnen und Insignien stattfänden, heute verboten, so daß den Polen die Möglichkeit genommen ist, die für den morgigen Erinnerungstag an die polnische Konstitution vorgesehenen Feiern mit Umzügen zu veranstalten.

Auf Veranlassung der Interalliierten Kommission wurde in der Druckerlei der „Grenzzeitung“ und auf den Postämtern die Ausgabe des „Conciliationski“, der einen Artikel mit einer Beschuldigung der deutschen Industriellen veröffentlichte, beschlagnahmt.

Oppeln, 2. Mai. (WZB.) Die Interalliierte Kommission hat ein Arbeitsverbot für den gesamten obereschlesischen Industriebezirk erlassen. Sie will, wenn die Lage es erfordert, den Besatzungsstatus über den Unruhebezirk verhängen.

Rückwanderung der Ruhrpolen?

Warschau, 2. Mai. (EE.) Bei dem Ministerium für ehemals preussische Gebiete ist eine polnische Delegation aus der Rheinprovinz und Westfalen eingetroffen und hat ein Memorial über die Rückwanderung der 800 000 dort wohnenden Polen vorgelegt. Es wurde ein Komitee gebildet, das die Rückwanderung vorbereiten und den Rückwandernden Beschäftigung ausfindig machen soll.

Posen, 2. Mai. (DA.) Nach amtlichen Feststellungen des polenischen Ministeriums sind bisher aus den ehemals preussischen Provinzen Posen und Westpreußen rund 300 000 Deutsche ausgewandert.

Neue Bedrohung Polens?

Warschau, 2. Mai. (EE.) Blättermeldungen zufolge finden an der neuen polnisch-russischen Grenze bolschewistische Truppenansammlungen statt. Nachrichten aus Rinsk berichten über die Zusammenziehung bolschewistischer Artillerie in dem Abschnitt Koppiljda sowie zwischen Bobruisk und Stuzk. In Smolensk wird eine kaukasische und russische rote Armee gebildet.

Deutscher Geschäftsträger in Warschau wird an Stelle v. Oberndorffs der Botschafter v. Schön.

Vandervelde gegen Briland.

Paris, 2. Mai. (WZB.) Wie dem „Intransigent“ aus Brüssel gemeldet wird, hat im Generalkrat der sozialistischen Partei Justizminister Vandervelde erklärt, man müsse die Politik der Alliierten die Politik der Sozialdemokraten, wie sie in Amsterdam festgelegt worden sei, entgegenstellen. Er sei entschlossen, mit seinen sozialistischen Kollegen das Ministerium zu verlassen, wenn Belgien sich den Beschlüssen anschleße, die die französische Regierung zur Durchführung bringen wolle.

Brüssel, 2. Mai. (Agence Belge.) Der Generalkrat der sozialistischen Partei erklärte sich in seiner Mehrheit als Anhänger der Sanktionen (?). Eine neue Sitzung wird einberufen werden, sobald die Londoner Beschlüsse bekannt sind.

Die Resolution Knox.

Washington, 2. Mai. (WZB.) Die bereits gemeldete Annahme der Resolution Knox, die bekanntlich die Beschlagnahme des ehemals feindlichen Eigentums trotz der Kriegsbeendigung aufrechterhält, ist erfolgt, nachdem der Antrag Townsend auf einfache Erklärung des Friedenszustandes zwischen Deutschland und Amerika mit 44 gegen 28 Stimmen abgelehnt worden war.

Ist das ungebührlich?

New York, 2. Mai. (Spezialfunkspruch.) Beamte des Staatsdepartements erklärten, wie der „Associated Press“ aus Washington gemeldet wird, daß während der letzten Besprechungen auf der Londoner Konferenz über das Reparationsproblem wiederholt hervorgehoben worden sei, die Vereinigten Staaten seien mit den Alliierten darin einer Meinung, daß Deutschland bis zur Grenze seiner Zahlungsfähigkeit für seine Verpflichtungen aufzukommen habe, daß es aber für unklug gehalten werden würde, wenn irgendein Vorschlag, der die wirtschaftliche Wiederaufhebung Deutschlands ungebührlich zu hemmen geeignet wäre, angenommen werden sollte. Wenn Beschlüsse gefaßt werden, die mit dieser Auffassung der Vereinigten Staaten in Einklang stehen, so würden, wie man annimmt, die deutschen Gegenanträge von Washington nicht weitergegeben werden.

Horthys Kanzler will verhandeln.

Das neue ungarische Kabinett Bethlen bemüht sich, den Schein zu erwecken, als ob die Zeit des weißen Terrors und der schrankenlosen Reaktion zu Ende sei. Tatsache ist allerdings, daß heute in Budapest nicht mehr wie in der Väterzeit des „christlichen Kurses“ Arbeiter und Juden auf der Straße totgeschlagen werden, daß auch in der Provinz die Pogrome aufgehört haben und daß nicht mehr Verhaftungen auf Grund bloßer Denunziationen erfolgen. Darüber hinaus aber hat sich an den Regierungsmethoden des Horthy-Regimes nicht das geringste geändert. Nach wie vor herrscht eine strenge Zensur, werden Versammlungen verboten, Gewerkschaften aufgelöst, republikanische und sozialistische Agitationsversuche unterdrückt, nach wie vor sind die Gefängnisse überfüllt und die Internierungslager der Schaulager eines grauenvollen Massensterbens der wegen „bolschewistischer Gesinnung“ dorthin verschleppten Tausende. Scheinbar, um auf das Ausland eine Wirkung auszuüben, hat sich nun plötzlich Bethlen an die Parteiliste der ungarischen Sozialdemokraten gewendet, um „Verhandlungen“ einzuleiten. Was sich die Regierung darunter vorstellt, ist unklar; um so klarer ist die Haltung der Sozialdemokratischen Partei, die in ihrer Antwort folgende erste Bedingung für jede Art von Verhandlungen aufstellte: Wiederherstellung der Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit, Einstellung der Arbeiterverfolgungen, völlige Amnestie und Aushebung der Internierungen, sofortige Freilassung der verurteilten Volksbeauftragten. Bethlen wird nicht umhin können, über kurz oder lang diese zunächst sehr bescheidenen Forderungen durchzuführen, um so mehr, als die ungarische Arbeiterbewegung, die nach dem Sturze der Kábelitatur völlig niedergebrosen war, jetzt wieder von Tag zu Tag mehr erstarbt.

Deutschlands Gesandter in Prag, Graf Sängers, kehrt ins Auswärtige Amt zurück, wo er — nach der „Dona“ — Diplomaten ausbilden soll. Hoffentlich findet er da nicht nur ablige, sondern auch talentierte Schüler.

Putsch auf Poel.

O, Ihr müht es kennen, dieses glückliche Meeres Erbe, von den langstommen Wellen der Dürre umspült!

Wie ein Eiland des Friedens liegt es da vor dem Mecklenburger Land, einsam und zufrieden, und wenn es Sommer wird, dann prangen die reichen Felder, und das Korn schließt in die Höhe, und die schweren Kühe trotten durch die Straßen, und um das Dorf an der Kirche blüht es.

Die Menschen aber gehen zufrieden dahin, als hätten sie keinen Teil an den Sorgen der Welt.

Manchmal jedoch bringt der Dampfer von Bismar einen Fremden oder zwei. Die bleiben dann irgendwo im Dorf oder in jenem Gasthof, wo die gemüthliche Wirtin ihnen die frische Milch in die Gläser gießt.

Am Tage aber gehen sie den schmalen Feldweg entlang, pflügen den Großstadtstaub aus den Lungen, und wenn sie den lachenden Klee und die lockenden Blumen sehen und der ausruhende Blick über die weiten grünen Gefilde schweift, bis er über der Bucht am Mühlendamm steht, dann offenbart ihnen die erreichte Höhe und das sich öffnende weite Meer alle Schönheit dieser Welt.

Es ist ein Eiland des Friedens.

Ja, wirklich, das ist es! Ist's, obschon der gefangene, immer noch gefangene Kasse die von der fernen Heimat erzählt, vom Bolschewismus, dem er anhängt, und von den Fußstapfen des Gutsverwalters, der ihm nicht einmal satt zu essen gibt. Ist's, trotz der klaffenden Hunde, die um das Karussell springen, das schon zum 63. Male „Heschen, Heschen...“ spielt.

Ist's, denn es hat einen Schoß für Dich, dieses Poel, der in frischem Gras, aus moirégestecktem Korn, auf Alkaywällen, die Rosenbüsche säumen, an zerklüfteten Hängen am Meer, im Sonnenuntergang in die See den Frieden schenkt und der gepeinigten Seele sanfte Lieder singt.

Manchmal aber, abends, gehen gestieft und gepornet zwei Junker über Land und in die Wirtschaft, schlagen die Reittpeitschen auf den Tisch und geben dummen Mädchen Wein zu trinken.

Sie sinnen auch wohl anderes. Jetzt liest man davon.

Am letzten Sonntag im April haben sie gepusht. Gepusht: auf Poel. Wie kommt der Wahnsinn in diese Gefilde?

Hubertus heißen die Mecklenburger ihre Orgelei. Wüßgewordene Spieler, verunglückte Reichswehr- und Balkumföhrer, Leutnants a. D. und was so dazu gehört.

Einen furchtbaren Skandal haben sie erregt und das Paradies zum Exerzierplatz gemacht. Dem Gastwirt 15 Fenster eingeworfen, das Haus demoliert, „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen, alle erreichbaren Proletarier (wie wenige sind's dort bewußt) miß-

handelt, ein paar, die der Rote entgegentraten, niedergeschlagen, wieder „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen, voran die Herren Leutnants.

Im mecklenburgischen Landtag aber hat man ein großes Aufsehen gemacht, die Protestresolution der Poeler hat gewirkt, die Polizei hat die „Hubertus“-Führer beim Krogen gefriert und die Regierung die Sippe geschickt, denn Poel will Ruhe haben.

In Poel aber wird's Sommer.

Der Bismarcker Glaser schließt neue Fenster mit dem Dampfer, in Kirchdorf wird der Schaden repariert, und wenn es wieder Wahl ist, dann denken die Poeler an die „Hubertus“ und ihren Putsch.

Walter Victor.

Alt-Heidelberg. (Romische Oper.) Wer kennt nicht den herzigen Gartenlaubentopf von Karl Heinz und Räte, wer hat nicht schon einmal — lang lang ist's her — bei Abschied und Wiedersehen, bei frohem Kommers und erstem Liebespiel eine Träne vergossen? Dieser Regier-Fürster hatte eine Ader für das, was dem Theater, seinen Spielern und Hörern nottut: er kniete sich in einer Zeit der sogenannten Fürstentugenden und Studenten-Sehnsüchte so recht in Volkes Herzkammer hinein. Ein Schmarren mit Gefühl und mit still beglückender Lust von Vogelstimmen, Bauten, Studentenliedern. Lang ist's her, daß wir jung waren und wehmütig. Dieses Stück wird ins Italienische übersetzt, verarbeitet, komponiert, zurücküberführt in recht banales Deutsch und in der einst Gregorschen Oper mit einer ersten Truppe aufgeführt. Zu viel des laienhaften Ernstes von allen Seiten. Bachlerotti, der Komponist, hat seine Oper „Geldberg“ mit 10 Jahre an der Weidenbammer Bräute liegen lassen und starr darüber. Seine Oper wird nicht mehr so lange leben. Bachlerotti legitimiert sich als Schüler Buccinis und anderer Reut-Stallener, bedauert mit dem Waldweiden Siegfrieds und meistersingerischen Tönen und redet eine gewählte, unoriginale Sprache, deren bestes Idiom die deutschen Studentenlieder sind, in Dur, Moll und Mischung. Die Oper ist durchkomponiert, und selbst die Mittelung über Schlangenfälle erhält ihren Ton. Viel rührende, klug und demüthig kolorierte Arienfreude, viel Kampenlicht in der Partitur und effektvolle Demonstration, der ganze Wurf viel zu schwermütig, die Humore und Siegfriedsreden zur Erde gleitend. Eine Unterbrechung der großen Schwächen, nicht ein Bergesmachen der kleinen Vorgänge im Libretto. Es muß zugesprochen werden, daß die gut behandelten Instrumente besser zu sagen haben, als die schlecht behandelten Menschen. Richard Tauber mußte auch mit dem schüchternen Reiten Erdprinzen wenig anfangen; Marie Elger sang reizend und blieb der Innigkeit des lieben Heidelberger Mädchens nichts schuldig. Eine sehr durchgefesselte Leistung hat der Professor Franz Gengieffs, und auch Karl Kant gefiel in seiner baritonischen Biersonne. Die Geschmackslosigkeit eines verballhornten Schubert-Ständchens soll man im Hause Gregors rasch streichen, und ebenso die grell-bunten Arien abstellen, für die Reinhardt nie gelebt zu haben scheint. Felix Günther dirigierte mit Geschmack ein tüchtiges Orchester.

Die Akademie der Arbeit wurde Montag in Frankfurt a. M. mit 100 Teilnehmern eröffnet. Vertreter des Staates, der Stadt, der Universität und der Gewerkschaften hielten Ansprachen. Der neue Kultusminister Becker betonte, daß die neue Staatsregierung gewillt sei, den Kurs der bisherigen Regierung in jeder Beziehung weiterzuführen. Die Akademie solle dem geistigen Wiederaufbau dienen und eine Krönung aller Volksbildungsbestrebungen darstellen. Die Eröffnungssprache hielt der Leiter der Akademie, Dr. Rosenfeld, über die Wechselbeziehungen zwischen Arbeitern und akademischer Arbeit.

Das einzigartige Institut, das Kopf und Handarbeit in engste und regste Verbindung bringen will, ist aus dem Geiste der neuen Zeit erwachsen; der Initiative und der Mitarbeit der organisierten Arbeit und der Förderung der sozialistischen Minister dankt es sein Entstehen. Möge es seine fruchtbare Arbeit im Sinne seiner Gründer durchführen!

Das „Reigen“-Verbot in Wien. Man erinnert sich an den Pogromskandal gegen die Aufführungen von Schnitzlers „Reigen“, die der Bundesregierung den Anlaß gaben, die weiteren Vorstellungen zu verbieten. Zum Vollzug dieses Verbots war der Landeshaupmann und Bürgermeister von Wien, Genosse Reumann, berufen. Er tat nichts dergleichen. Die Regierung klagte ihn vor dem Verfassungsgewichtshof wegen Rechtsverletzung durch Nichtbefolgung einer Anordnung des Bundes an. Reumann ist jetzt freigesprochen worden, weil das Schreiben der Bundesregierung nicht einmal den formalen Anforderungen an ein so wichtiges amtliches Schriftstück entsprach. Es ist aber auch noch sehr zweifelhaft, ob eine Verurteilung hätte erfolgen können, wenn selbst der Form genügt worden wäre.

Karl Hauptmanns Drama „Die lange Fule“ wird zum Gedächtnis des toten Dichters noch in dieser Spielzeit von der Volksbühne aufgeführt.

Für die Sommertheater des Deutschen Theaters in Wiesbaden „Reigen“ erworben, für die Kammertheater wird Reigen als „Reigen“ erworben, für die Kammertheater wird Reigen als „Reigen“ erworben.

Der Sänger wird zum 30. Geburtstag Christian Morgenstern am Freitag im Theateraal auf den bekanntesten Strophen aus seinen ersten Büchern sprechen.

Deutscher Theaterrat. Mittwoch, den 4. und Donnerstag, den 11. Mai, 8 Uhr, Sachverständigenrat, das wohlrenommierte Komitee, I. und II. Teil, Anna von Gabelm. Karten 1.— Mark.

Der Schriftsteller und unsere Zeit. Anlaß der Hauptberichterstattung des Bundesverbandes der Deutschen Schriftsteller findet am 7. Mai, 8 Uhr, im Deutschen Theater, eine öffentliche Versammlung statt. Zu dem Thema: „Der Schriftsteller und unsere Zeit“ sprechen Adèle Schreiber, Dr. Alfred Döblin, Dr. Rost und Hans Reiter. Eintrittskarten im Schubertsaal, Schöneberger Platz 25, unentgeltlich.

Die „Gedächtnis“-Bühne, eine neuartige Bühne von Kurt Eisner, die zur Feier des 1. Mai in der Berliner Volksbühne zur Aufführung kam, ist als Buch im Verlag von Paul Cassirer, Berlin, erschienen.

Ein polnisches Theater in Oberschlesien. Ein polnisches Wandertheater, das mit Akten aus Gailan und Krasan abwechselnd in Kattowitz, Gleiwitz und Beuthen polnische Opern, Operetten und Dramen spielen soll, ist mit dem Sitz in Beuthen gegründet worden.

Brasilianer für die deutsche Wissenschaft. In Brasilien hat sich eine Kommission von hervorragenden Brasilianern gebildet, die die notleidende deutsche Wissenschaft durch Aufhebung von Mitteln unterstützen will.

Groß-Berlin

Am 1. Mai quer durch Berlin.

Es hat auch Vorzüge, wenn am 1. Mai die Elektrische nicht fährt. Das weiß namentlich der Referent, der die Rille von seiner Wohnung zur Festversammlung, die natürlich genau am entgegen-
gesetzten Ende Berlins stattfindet, geduldig auf defekten Sohlen zurücklegen darf. Er durchquert dabei die Stadt in ihrer ganzen Ausdehnung und kann Eindrücke sammeln.

Vom Süden aus sehe ich mich pünktlich zwei Stunden vor Versammlungsbeginn in Marz. Ueber das Tempelhofer Feld legt fühlbar Morgenwind. Noch liegt die weite Fläche verlassen, auf der sich später so manche Demonstration sammeln wird. Aber jetzt ist es noch zu früh am Tag.

Am Halleschen Tor beginnen sich erste Truppschen um rote Banner zu scharen. Ein kommunistischer Jugendzirkel in Stärke von drei Bannendörfern hat zwar bereits fünf Banner geholt (jeder Jüngling eines und am Fahrrad zwei), aber der Zugzug läßt auf sich warten. Doch da naht schon mit Mandoline voran eine weitere Gruppe von Leuten — die Jüge des Jugendleiters erbellen sich sichtlich.

In der Innenstadt gibt es wenig zu sehen. Doch begegnet man immer häufiger Menschen, die mit dem roten Festabzeichen geschmückt sind. An der Zentralmarkthalle öffnet eine Budde ihre Tore und speit einen dichten Anhauf von 40 bis 50 Mann aus — irgendein Unterbezirk, der sich geschloffen zum Treffpunkt begibt.

Nun aber öffnen sich die grauen Straßenfronten des östlichen Proletariatsviertels. Wie anders das Bild! Hier ist sichtbar Feiertag überall. Rote Fahnen wehen aus den Fenstern. Und wie ich in die breite Frankfurter Allee einbiege, da empfängt mich ein leuchtendes Gewoge von rot überwehten Demonstrationen. Unabsehbar...

Und dabei drängt sich mir ganz wider Willen die Beobachtung auf, wie zweckmäßig alles auf Erden eingerichtet ist. Wie zweckmäßig ist es z. B., daß die Frankfurter Allee von der Stadt Berlin nicht nur so schön schnurgerade, sondern so statisch breit angelegt wurde. Sie hat einen rechten Fahrdamm, eine Mittelpromenade und einen linken Fahrdamm. Und das alles wurde offensichtlich nur deswegen so geschaffen, damit auf dem linken Fahrdamm die Kommunisten, auf der Mittelpromenade die Unabhängigen und auf dem rechten Fahrdamm die Sozialdemokraten hübsch getrennt voneinander demonstrieren können. Jeder Zug für sich, jeder mit seinen eigenen roten Fahnen, auf die fleißige Hände gestickt haben: „Einigkeit macht stark!“

Mich. von Lindenheiden.

Die Kokainhöhle am Waterlooufer.

In welchem Umfange die Kokain-Epidemie in Berlin zugenommen hat, zeigte eine Anzeige wegen Schleichhandels mit Kokain, die gestern den Kellner Willy Bedmann und den Kaufmann Herbert König, letzteren unter der Anklage der Beihilfe, vor die 1. Strafkammer des Landgerichts II führte.

Der Angeklagte Bedmann, der selbst Kokainschnupper ist, hat auf Schleichwegen große Massen von Kokain für 12—15 M. pro Gramm erworben und zu 20—25 M. und höher weiterverkauft. Er hatte für diesen gewerbsmäßigen Vertrieb ein Zimmer seiner Kellerwohnung, Waterlooufer 12, bestimmt. Die Polizei war durch eine Anzeige auf den lebhaften Verkehr in dem Kellerraum aufmerksam gemacht worden und stellte fest, daß dort eine vollständige Lasterhöhle für Kokainschnupper und eine Handelszentrale für Kokainverkauf eingerichtet war. Die Kunden dieser Lasterhöhle setzten sich aus den verschiedensten Gesellschaftsklassen zusammen. Der Zutritt war nur nach Nennung eines Stichwortes möglich. Während die Polizeibeamten in der Höhle waren, klopfte es gerade an der Tür und auf die Frage, wer dort sei, ertönte die Antwort „Kukul“. Nach dem Öffnen zeigte es sich, daß der Einlaß Begehrende ein Berliner Rechtsanwalt war. Unter der Rundschaft befanden sich viele jugendliche Leuten, die viel und ständig geknupst haben. Einer von ihnen, ein fünfzehnjähriger Lehrling, war von Bedmann als Wächter während seiner Abwesenheit beauftragt worden und hat dort gemüßwilligen Unterricht im Kokainschnuppern erhalten. Der Junge ist infolge dieses Lasters erkrankt, er hat einen Abzuck am Hals und Ausschlag an den Händen bekommen. Wenn die Kunden kein

Geld zum Bezahlen hatten, verkauften oder versetzten sie bei Bedmann alles, was sie nur irgend entbehren konnten. Die Sachverständigen erklärten, daß das Laster des Kokainschnuppern von Frankreich herübergekommen sei. Die Kokainschnupper werden zunächst durch das Kokain geistig angeregt, fühlen sich kräftig, brauchen tagelang nicht zu schlafen usw. Wenn aber das Erregungsstadium vorüber ist, folgt das Ermattungsstadium, die betreffenden Personen sitzen da mit gläsernen, stieren Augen, bösen hin, und die Folgen der Abstinenz sind ähnlich wie die, welche nach Morphinumgegnüß eintreten. Der ausgedehnte Kokainschnupper ruiniert langsam Körper und Geist und führt oft ins Irrenhaus. Der Kokainschnupper ist erheblich schlimmer als der Morphinumgegnüß. Der Gerichtshof verurteilte Bedmann wegen unbefugten Handels mit einem Arzneimittel, Kettenhandels und Preistreiberi, mit Rücksicht darauf, daß er der gemeingefährlichen Volksfeinde des Kokainschnuppern in gewinnbringender Absicht Vorstuf geleistet hat, zu einem Jahr Gefängnis und 7500 M. Geldstrafe event. weitere Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre. Der Angeklagte König wurde freigesprochen.

Verschobene Fürstentum.

Schwere dienstliche Verfehlungen hat sich der technische Eisenbahnschaffmeister Walter Hinz zuschulden kommen lassen, welcher sich gestern unter der Anklage des Vergehens gegen den § 183 Str.-G.-B. (Entwendung aus amtlichem Gewahrsam) vor der 5. Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten hatte. — Nach der Revolution waren die in den verschiedenen Bahnhöfen Berlins und größerer Städte eingerichteten Fürstentümer überflüssig geworden. Da die zum Teil sehr elegant mit Teppichen, Gemälden, Ledersesteln u. a. eingerichteten Zimmer zu anderen Dienstzwecken gebraucht wurden, beschloß die Eisenbahndirektion, das Inventar dieser Zimmer bei der sogenannten Gerätesammelstelle in der verlängerten Schöneberger Straße zu sammeln, um es dann in geeigneter Weise zu verwerten. Eines Tages erlaubte der Angeklagte Hinz, dem diese Sammelstelle unterstellt war, dienstlichen Bericht, daß bei einem Einbruch in den Lagerraum Teppiche, Korbmöbel u. a. gestohlen worden seien. Die Ermittlungen führten zu dem Verdacht, daß der Einbruch nur fingiert sei und der Angeklagte die angeblich gestohlenen Möbelstücke verschoben habe. Das Schöffengericht sah dies als erwiesen an und verurteilte Hinz zu drei Monaten Gefängnis. Die von ihm hiergegen eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer verworfen.

Wenn das Wohnungsamt mit Polizei kommt!

Das Wohnungsamt Schöneberg hat vor einigen Tagen wieder mal eine Wohnung unter Gewaltanwendung geräumt. Diesmal richtete sich die Aktion gegen ein junges Ehepaar, das im Hause Neue Winterfeldstr. 17 eine möblierte kleine Wohnung des Quergebäudes seit etwa 6 Wochen inne hatte. Das Quartier war vom Wohnungsamt einer anderen Familie zugewiesen worden und sollte schon zum 1. April von dem Ehepaar geräumt werden, aber weil am 28. März hier der Storch klappte, mußte der Umzug einstweilen aufgeschoben werden. Da das Ehepaar die in Berlin zugewiesene neue Wohnung erst zum 1. Mai beziehen konnte, so hoffte es, noch bis dahin in der bisherigen Wohnung bleiben zu können. Das Wohnungsamt Schöneberg forderte aber frühere Räumung, schickte am 26. April, morgens 9 Uhr, einen Beamten, dazu einen Gerichts-vollzieher, drei Möbeltransportarbeiter und einen Möbelwagen, zog auch einen Polizeibeamten hinzu und ließ in Abwesenheit des Ehepaares die Wohnung ausräumen. Der im Hause wohnende Kabinenmann Otto Lüders, ein Sohn der früheren Eigentümerin, der früher das Amt des Hausverwalters gehabt hatte, glaubte, sich der bedrängten jungen Frau annehmen zu sollen, und wollte den Beamten des Wohnungsamtes bewegen, von sofortiger Räumung noch Abstand zu nehmen. Der Beamte lehnte kurz ab, und auch zu der Frau, die um einen Aufschub von wenigstens einigen Stunden bat, sagte er: „Nein, nicht fünf Minuten!“ Es kam dann zu einem Wortwechsel und weiter zu Tätlichkeiten zwischen einem der Möbeltransportarbeiter und Lüders, so daß der Polizeibeamte, ein Unterwachmeister Zierpogel, eingreifen zu müssen meinte. Das Ende vom Liede war, daß der Polizeibeamte sein Seitengewehr zog und Lüders über den Kopf schlug, so daß Lüders eine stark blutende Wunde am Hinterkopf erlitt. Er wurde, nachdem ihm in seiner Wohnung ein Notverband angelegt worden war, zur Polizeiwache geführt (warum?), aber bald wieder entlassen. Lüders versichert uns, daß er sich bereits vom Begehen wunde, als der Schlag mit der Waffe ihn traf. Der Polizeibeamte soll ein ganz junger Mann sein, dem es wohl nach an der nötigen Besonnenheit fehlt. Er soll auch von einer der an der Zwangsäumung beteiligten Personen animiert worden

sein: „Gehen Sie doch drauß!“ Unseres Erachtens trifft ein großes Teil Schuld das Wohnungsamt Schöneberg, das zu dieser Räumungsaktion überhaupt die Polizei hinzuzog.

Feuerkampf mit Einbrechern. Vier Männer versuchten in der vergangenen Nacht in die Räume des Konsumvereins der AGO in der Charitéstraße einzudringen. Sie wurden durch die Wächter, welche die Polizei benachrichtigt hatten, bei ihrem Vorhaben gestört. Es entspann sich alsdann ein Feuergefecht, bei dem einer der Einbrecher durch Einschlag verlegt wurde. Trotzdem gelang es ihnen, zu entkommen und auch noch den verwundeten Spießgesellen mit sich zu schleppen. Einbrecherwerkzeuge, die am Tatort zurückgelassen waren, wurden beschlagnahmt.

In der Bezirksversammlung des 16. Verwaltungsbezirks (Copenick) wurde der zum beabsichtigten Stadtrat gewählte Magistrats-assessor Dr. Volkmar aus Lichtenberg in sein neues Amt eingeführt. Damit ist auch das 16. Bezirksamt vollständig besetzt und besteht aus sieben beabsichtigten und vier unbeabsichtigten Mitgliedern. An Stelle des wegen Ueberrahme des Amtes als Bezirksstadtrat ausbleibenden Vorstehers Weyhe wurde Rektor Dünneheil-Copenick (bürgerlich) zum Bezirksverordnetenvorsitzer gewählt. Wegen der Stimmungen der Unabhängigen wurde beschlossen, die Sitzungen der Bezirksversammlung auf den Mittwoch zu verlegen. Eine mehrstündige Debatte rief der § 22 des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin hervor, welcher sagt, daß die Bezirksversammlung über alle Angelegenheiten des Bezirks zu beschließen hat, während das Bezirksamt bereits viele Änderungen in der Verwaltung völlig eigenmächtig vorgenommen hat, die von der gesamten Bezirksversammlung verurteilt wurden. Um in Zukunft ein ähnliches Vorgehen des Bezirksamts zu verhindern und verschiedene Anordnungen desselben rückgängig zu machen, wurde eine Kommission gewählt, die mit dem Bezirksamt sämtliche Veränderungen vorbesprechen soll.

In einer Versammlung der Berliner Schutzpolizei in der Schulaula Köpenicker Straße sprach Genosse Artur Albinus über die beruflichen Rechte der Polizeibeamten durch die Verschlebung der Nord- und Südkommission. Die Versammlung gelobten, durch gewerkschaftlichen und politischen Zusammenschluß jeder Verdrückung ihrer Lage entgegenzutreten. Dieser Beifall lohnte den Referenten. Wir weisen auf die am Dienstag, den 3. und Mittwoch, den 4. Mai stattfindenden Mitgliederversammlungen der sozialdemokratischen Polizeibeamten (Verbeauschlag) in Haverlands Festhalle, Neue Friedrichstr. 35, Luisenpark, hin, wo Kamerad Schradner, Vorsitzender des Landesverbandes der Polizeibeamten Preußens, und Dr. Franke, Sekretär des Reichsverbandes der Polizeibeamten, über Wirtschaftsverband und Gewerkschaft referieren werden. Die Mitgliederversammlung wird sich auch mit den Beschlüssen der Zwischenkommission Nord-Süd und die bedrohte Verdrückung beschäftigen, wofür Genosse Albinus Vortrag halten wird. Alle Polizeibeamten, welche Parteimitglieder sind, werden ersucht, pünktlich zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Für Pausen. In einer von der Zentrale der freireiwilligen Elternbeiräte an den höheren Schulen in Groß-Berlin in der Aula des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums am 28. April abgehaltenen Versammlung sprach Genosse Oberstudienrat Dr. Karjen über „Die Gemeinschaftsschule im Sinne des Aufbaus von Oberstudiendirektor Paulsen“. Die Versammlung folgte den Ausführungen mit großem Interesse und nahm einstimmig eine Entschließung an, die sich für Paulsens Pläne ausspricht. Eine besonders lebhafteste Ansprache wurde durch das Referat des Studienrats und Stadtverordneten Genossen Dr. Lohmann über: „Stellungnahme zur Schulgelddröhung“ hervorgerufen. Die Versammlung stand zwar mit dem Referenten auf dem Boden der völligen Schulgelddröhung, konnte sich aber mit der vom Magistrat Berlin beabsichtigten Schulgelddröhung nicht einverstanden erklären und verteilte in der Mehrzahl die Forderung nach einer allgemeinen Schulsteuer. Ueber dieses Thema soll in der nächsten Vollversammlung weiterberaten werden. Erziehungsbeiräte, Elternbeiräte und Lehrpersonen, die sich der Zentrale der freireiwilligen Elternbeiräte anzu schließen wünschen, wollen sich melden beim Genossen Bauningenieur W. Friedrich, Reutelsch, Schierkestraße 44.

Eine proletarische Hochschule im wahren Sinne des Wortes ist die Volkshochschule Groß-Berlin, die auch im Sommersemester arbeitet. In den letzten Tagen des April haben alle Kurse begonnen, doch ist es noch immer an der Zeit, an den Kursen, die im allgemeinen acht Abende umfassen, teilzunehmen. Die große Raumknappheit verbietet es uns, die Kurse im einzelnen aufzuführen und es muß allen wirklich bildungsbedürftigen Menschen überlassen

wärts waten; da drinnen taute es dann an ihr auf, und sie wurde unten tiefend naß.

Spaß machte der Schnee nicht. Die Jungen zu Hause pflegten ganz außer sich zu geraten, wenn sie eines Morgens erwachten und sahen, daß gehörig Schnee gefallen war. Sie mußten unbedingt hinaus und im Schnee auf dem Kopf stehen — am liebsten im bloßen Hemd; es war höchstens möglich, sie so lange zurückzuhalten, bis sie in den Kleidern waren. Stine begriff es nicht; für sie bedeutete der Schnee nur Kälte, Beschränkungen, Unbehagen.

Und das Dunkel machte die Dinge nicht besser. Erst spät am Vormittag wurde es einigermaßen hell — wenn man mit den schwersten Hantierungen fertig war; früh am Nachmittag wälzte sich das Dunkel wieder heran. Es kam draußen vom Meere, wo es in der Zwischenzeit gelegen und gebrüht hatte, als bleigrauer Nebel und schwarzes totes Wasser. Richtig Tag war es überhaupt nie!

Ein Tag verstrich wie der andere, mit Häfelfschneiden, Drechseln, Saatreinigen und Viehbesorgen. Man schuftete immerzu und richtete doch nicht viel aus; hatte man eine Arbeit glücklich von der Hand, so hatten sich inzwischen drei andre aufgehäuft.

Auf dem Balkhof ging nichts seinen guten Gang — und nichts hatte seinen bestimmten Platz, weder Menschen, noch Hantierungen. Stine mußte bald hier, bald dort sein. Während sie das Vieh besorgte, wurde sie fortgerufen und sollte die Drechsel- oder Häfelfmaschine fahren.

Sie mußte sich in allem versuchen, und meistens verrichtete sie Arbeit, die anderswo überall von Erwachsenen ausgeführt wurde. Sie schaffte das Getreide für den Einleger heran, wenn gedroschen wurde, oder sie lag unterm Dachstuhl, wohin sonst niemand kommen konnte, und stopfte Stroh aus dem Wege. Und abwechselnd mit Stine mußte sie die Wurf- und Reinigungsmaschine ziehen, während Karl einlegte. Das war harte Arbeit, aber in der Scheune war's wenigstens warm, und oft übernahm Karl ihre Arbeit, und sie durfte in die Maschine schütten. Dann plauderten sie zusammen — auf diese Stunden freute sie sich. Den Erwachsenen gegenüber war Karl schau und schmeigsam — er konnte es nicht vertragen, daß man ihn auslachte. Aber Stine betrachtete er als seinesgleichen, zu ihr sprach er sich frei aus. Sie neigte ihn nicht mehr und hatte mit der Zeit gelernt, ihn gern zu haben; sie verstand, daß er's schwer genug hatte und jemanden brauchte, der ein wenig freundlich war. Doch er als Mann sich aber in

alles fügte, das begriff sie nach wie vor nicht. Wenn sie es ihm sagte, schwieg er — es war zum Verzweifeln.

Er war in der Gewalt seiner Mutter — daran lag es wohl. Nicht weil er sie lieb hatte — er sprach von ihr wie von einer Fremden und nahm auch an der Erörterung ihrer schlechten Seiten teil; aber er vermochte sich nicht von ihr freizumachen!

Eines Tages begann er, ohne äußeren Anlaß von seinem Vater zu reden; er hatte ihn früher nie erwähnt.

„Hast du ihn gut leiden können?“ fragte Stine. „Ja, denn deine Mutter kannst du ja nicht ausstehen,“ fuhr sie fort, als er nicht antwortete. „Du brauchst dich nicht zu genieren, es einzugehen — man ist nicht dazu verpflichtet, etwas lieb zu haben, was man nicht lieb haben kann. Ich mag meine Mutter auch nicht leiden!“

„Aber das ist doch unrecht! Gott hat gesagt, daß man seine Eltern lieben soll,“ erwiderte Karl dumpf.

„Nicht wenn man sie nicht lieb haben kann — denn was will er einem dann? — Und wenn sie nicht gut sind? — Du siehst es ja selber, daß du dir nichts aus deiner Mutter machst! Wie willst du's denn dann machen?“

Ja, das wußte Karl nicht — aber das sollte man ja. So stand es geschrieben!

„Hat dein Vater denn deine Mutter lieb gehabt? Er soll ja so gottesfürchtig gewesen sein.“

„Nein, er konnte nicht — aber es war ihm selber sehr unangenehm. Mutter rauchte Pfeife im Schlafzimmer, während er krank war. Da hat er Husten gekriegt und hat Blut gespuckt, aber sie ließ es doch nicht sein. „Spuck ou bloß das Dreckblut aus,“ sagte sie, „dann kriegst du neues.“ O, wie garstig sah Vaters Blut auf dem Fußboden aus — er wurde freideweiß im Gesicht. Aber sie darum ditten, das Rauchen zu unterlassen, das wollte er nicht. Da nahmen meine Brüder ihr Pfeife und Tabak fort und versteckten beides. Und sie, sie verleitete mich, indem sie mir Süßigkeiten gab, ihr zu sagen, wo die Dinge lagen.“

„Hat sie's nicht aus dir rausprägen wollen?“ Das hatt' ihr doch ähnlich gesehn!

„Nein, auf die Kleinen und Wehrlosen dreinhauen, das hat sie nicht gemocht. Aber meine Brüder, die größer und stärker waren, die hat sie durchgeprügelt. Und die haben mich dann verprügelt, — weil ich geklagt hatte.“

(Fortsetzung)

Stine Menschenkind.

III. Der Sündenfall.

Von Martin Andersen Regö.

Die prächtigen roten Backen hatten's ihm angetan, und dann das, daß sie ihre Herrschaft nicht schlecht machten, sondern in Schutz nahmen. Sie war sicher ein gutes Mädel und richtig gebaut war sie auch! Born an ihrem weichen Hals, am Ausschnitt, war eine kleine Vertiefung, da bewegte es sich aus und ein, wenn sie sprach. Aber wenn sie lachte, klopfte es rauhörtlich von innen her in leichten, dichten Schlägen, als läge drinnen in ihrem Halse ein Schelm und triebe Alotria. Wie zum Ausdruck war's möglich, daß... „Wie ist das denkbar, daß so ein Staatsmädel unverheiratet herumläuft?“ sagte er.

„Ja, das ist nicht zu verstehen,“ erwiderte sie und lachte wieder.

Na, dann kam Stine, und sie mußten aufbrechen. Vars Peter stand einen Augenblick da und starrte geistesabwesend an ihnen vorbei. „Ich werd' euch ein Stück begleiten,“ sagte er dann mit einem Ruck.

7. Das Winterdunkel.

Vorläufig brachte der Winter vor allem Kälte und Finsternis. Stine meinte, daheim noch nie einen so dunkeln und kalten Winter erlebt zu haben. Schon im Anfang des Monats kam der Schnee, mit dem Sturm kam er von der See dahergepfeift; die Hoffkugel, die wie Arme zu seinem Empfang ausgefahren waren, fingen ihn auf, und in hohen, sperrenlangen Behen blieb er liegen. Stine froz es sehr, und sie hatte große Frostbeulen an Händen und Füßen; der Schnee drang in die Holzschuhe ein, und sie hatte dauernd nasse Füße. Stine ließ es sich heimlich angelegen sein, ihre Strümpfe am Ofen zu trocknen, aber das half nicht viel. An Perle und Spann und außen auf den Händen bekam sie Bänder von der Kälte; es schmerzte, wenn sie Schuhzeug anzog und in kaltes Wasser griff. Des morgens, wenn sie sich anziehen wollte, waren ihre Kleider halb mit hartem Schnee bedeckt, der durch die undichte Tür hineinstob; und draußen lag er oft so hoch, daß sie nur die oberste Holztür offenbekommen konnte. Dann mußte sie oben hinaustrischen und bis zur Kuchentür vor-

bleiben, sich unter Hingabe von 1 M. den ausführlichen Arbeitsplan zu beschaffen, und zwar am besten von der Geschäftsstelle Berlin NW, Georgenstr. 84-86 (Institut für Meereskunde), geöffnet werktäglich von 12-1. Die Volkshochschule unterhält Arbeitsstätten in Berlin Zentrum, Nordwesten, Norden, Nordosten, Süden, ferner in Tegel, Westensee, Lichtenberg, Karlshorst, Treptow, Oberschöneweide, Köpenick, Neukölln, Schöneberg, Steglitz, Wilmersdorf und Charlottenburg. Kartenverkauf findet in der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Lindenstr. 2, Laden, 8-6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Berlin SO, Engelstr. 15, 1. Treppen, Zimmer 15, statt, und außerdem durch die Vertrauenspersonen in allen größeren Betrieben. Die Berliner arbeitende Bevölkerung sollte sich die Gelegenheit, sich eine Volkshochschule nach ihren eigenen Wünschen auszubauen, nicht entgehen lassen und durch eifrigen Besuch unterstützen.

Kommunaler Volksbildungsausschuss Reinickendorf. Vorstellung des Romanen Marionettentheaters am Dienstag, den 3. Mai, nachmittags 4 Uhr, im Realgymnasium, Berner Straße. Gespielt wird „Mugl, der gefesselte Kater“.

Die **Chöre der Arbeitsbildungsausschüsse** werden wiederholt gebeten, im Laufe der Woche die Progebogen einzuschicken. Die Bestellungen auf Karten für die Aufführung der „Götterprüfung“ im Theater der Freien Volkshochschule am Sonntag, den 24. Mai d. J., nachmittags 11 Uhr, müssen bis Mittwoch, den 4. Mai, erfolgen. Spätere Bestellungen können nicht berücksichtigt werden. Für die Aufführung der Elisabeth-Duncan-Schule am Samstagabend um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr vormittags im Theater am Bülowplatz sind Einladungen zum Preise von 3,50 M. zu haben im Bureau der Arbeitsbildungsausschüsse, Lindenstr. 3, und in der Vorwärts-Buchhandlung, Lindenstr. 2.

Ausklang der Maifeier.

Eine Anzahl Berichte über die Maifeiern, die teils im Montag-Abendblatt seinen Platz fanden, teils zu spät einliefen, tragen wir in der heutigen Nummer nach. Leider zwang uns die Raumnot, so manchen schönen, gehaltvollen Bericht zu kürzen. Das wahrhaft Erhebende an all diesen Zuschriften aber ist der ins Große gehende Zug der Begeisterung, der unbedingten Treue und Hingabe an die Ideale des Internationalismus, des Sozialismus und der Demokratie, des starken Verlangens nach Einigung des Proletariats und des unerschütterlichen Willens, sich keine Errungenschaft der Revolution wieder rauben zu lassen. In diesem herrlichen Geiste stand am 1. Mai unsere Partei in ganz Groß-Berlin geschlossen da, eine unerbittliche Warnung an die Bourgeoisie, die Gebuld der Massen zu mißbrauchen. Bemerkenswert war auch die große Teilnahme der Frauen und Jugendlichen an den Veranstaltungen. Mit Freude und Dankbarkeit gedenken die Berichte der hingebenden Teilnahme der Arbeiter-Sänger, -Turner, -Radfahrer, -Sportler und der frischen frohen Jugend mit ihren heiteren Tänzen, Spielen und Lautenfeiern.

In einer überfüllten Versammlung sprach nachmittags in der **Tauchaer Bräuererei, Turm-Edle Stromstraße**, der Genosse **Hugo Heilmann**. Er wies auf die schweren Bedingungen seitens der Entente hin. Die vortrefflichen Ausführungen fanden stürmische Zustimmung. Nach Schluß der Versammlung vereinigten sich die Genossen zu einer Familienfeier, wo Konzert, Barren-Riege des Arbeiterturnvereins „Fichte“, sowie Arbeiterjugend durch vorzügliche Reigentänze das Fest verschönten.

Bei der Maifeier im **Böhmischen Brauhaus** fand bei der Verlosung folgende Gewinnnummern nicht abgeholt worden: Nr. 591, 650, 667, 769, 776, 899, 901, 980 und 983. Die Gewinne sind binnen einer Woche gegen Abgabe der betreffenden Lose an die Abteilungsleiter vom zweiten Vorsitzenden des Kreises Brenzlauer Tor in Empfang zu nehmen.

Die Maifeier im **Paradiesgarten, Landsberger Allee 155**, war sehr gut besucht. Die Feier wurde durch Gesangsbeiträge eröffnet. Genosse **Dr. Kallmann** hielt die Festrede und schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratische Partei unter großem Beifall die Versammlung.

Lichtenberg. Vor über 2000 Besuchern sprach Genosse **Ermin Barth** in Schwarz' Sommertheater. Nach Schluß der Versammlung bildete sich ein großer Demonstrationzug, an dessen Spitze die Arbeiterjugend Lichtenbergs unter Mitführung dieser Fahnen marschierte. Unter Gesang und Hochrufen auf die Einigkeit des Proletariats sowie der internationalen Sozialdemokratie bewachte sich der Zug durch die Hauptstraßen Lichtenbergs zum Gärtner-Platz. Nach kurzen Ansprachen fand hier die gutgelungene Demonstration ihr Ende. Die Nachmittagsfeier hatte ebenfalls sehr starken Zuspruch, die Hofräume von Schwarz' Sommertheater waren überfüllt.

In **Tempelhof** fand die Versammlung im Birkenwäldchen statt. Genosse **Dr. Ostrowski** wies auf die Schuld der bürgerlichen Regierung hin, die mit ihrem individualistischen Kapitalismus gegenüber den Forderungen der Siegerländer täglich Schiffbruch erleidet. Die augenblickliche Krise sei keine deutsche, sondern eine Weltwirtschaftskrise. Sie könne nur durch die gesamte Arbeitnehmerschaft der ganzen Welt gelöst werden. Der Sozialdemokratischen Partei kommt hierbei die Hauptarbeit zu, doch hätten wir einen mächtigen Bundesgenossen in den mit uns parteipolitisch verbündeten Gewerkschaften der 2. Amsterdamer Internationale. Diese allein habe das Heft in der Hand und ist berufen, auf Grund der hinter ihr stehenden 25 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer dieses Problem zu lösen. — Am Nachmittag referierte Genosse **Rutner** über „Den Niedergang der Kultur“. Er wies nach, daß unsere Ideen den Niedergang aufhalten werden und rief alle auf zum geistigen Kampf.

Im **Tegelster Strandloshaus** sprach vor über 400 Zuhörern Genosse **Bauf Desreux**. Er warnte davor, auf die Uebergriffe des Ententekapitalismus durch Haß gegen die „feindlichen“ Wölfer zu

antworten, der Kapitalismus sei in allen Ländern, zuerst auch bei uns zu bekämpfen. Der politische Rückschlag zugunsten der bürgerlichen Parteien entspringe aus der feilschen Müdigkeit im Zerbrechen von Wirtschaft und Lebensgewohnheit. Uns gehöre doch die Zukunft, wenn wir mit dem Sozialismus im täglichen Leben Ernst machen, uns helfen in Wirtschaft (Eintritt in Konsum- und Produktionsgenossenschaften), Bildung (Schaffung weltlicher Schulen, Elternverbände) und Ueberzeugung (Austritt aus der Kirche, sozialistische Religiosität). Mut und Ausdauer gelte, dann werde die Erde einmal menschenwürdig werden. Die Rede, die lebhaften Beifall auslöste, räumten Vorträge parteigenossenschaftlicher Sänger ein.

Oberschöneweide, Niederschöneweide und Johannisthal. Die Sängergläre, denen Mitglieder aller sozialistischen Parteien angehören, sowie die Oberschöneweider Genossen versammelten sich um 7 Uhr früh auf dem Marktplatz in Oberschöneweide und zogen in geschlossenem Zuge nach Niederschöneweide, wo eine gut besuchte Versammlung abgehalten wurde, in welcher Genosse **Jung** nach einer kurzen Ansprache aufforderte, im Demonstrationzuge nach Johannisthal zu marschieren. Die Arbeiterjugend war mit Banner und Fahnen vertreten. Vor dem Lokal Hoffhäuser nahm der Zug Aufstellung und hier hielt Genosse **Dr. Bohmann** das Referat. Die trefflichen Ausführungen fanden bei allen Teilnehmern ungeteilten Beifall.

In **Wilmersdorf** (Sieges Gesellschaftshaus) war die Maifeier gut besucht. Sie wurde durch ein Festspiel des „Männerchors Wilmersdorf“ eingeleitet. Genosse **Emil Dittmer** hielt die Festrede. Trost dem dunklen Wollen über Deutschland schweben, feiern wir unsern 1. Mai immer wieder in der Hoffnung und Zuversicht, daß einmal alle Völker der Erde und alle Menschen untereinander Brüder werden. Zum Schluß seiner begeisterten ausgenommenen Rede sprach der Redner die Hoffnung aus, daß das Proletariat zu einer Einigung kommen werde.

In **Friedrichshagen** verließ die Maifeier in würdiger Weise. Am Vormittag fand auf dem Marktplatz eine allgemeine Versammlung statt, die vom örtlichen Gewerkschaftskomitee veranstaltet war. Zwischen dem Frühlingsschmelzen des Rot der Banner, deren Aufschriften auf die Macht eines geeinigten Proletariats hinwiesen. Auch der Festredner **Friede** betonte die Notwendigkeit eines brüderlichen Zusammengehens und sprach die Hoffnung aus, daß im Laufe der Entwicklung wieder eifern zusammengekommen werde, was jetzt noch getrennt geht. An die Versammlung schloß sich ein Umzug durch den Ort.

Rahnsdorf-Wilmersdorf feierte den Tag durch eine Versammlung mit einer außerordentlich begeisterten aufgenommenen Festrede des Genossen **Wittke** im Gasthof zum Bahnhof in Wilmersdorf. An den Vortrag schlossen sich Spiele, Tänze und vortreffliche Darbietungen. — Vor etwa 1000 Zuhörern referierte Genosse **Schumann** im Stadttheater der alten, jetzt in Groß-Berlin aufgegangenen Stadt Cöpenick und fand mit seinen Ausführungen starken Beifall. Den Höhepunkt der Nachmittagsfeier bildete die Festrede des Genossen **Franz Krüger**. — Den Genossen von Grünau und ihren Familien und Freunden führte Genosse **Wierbicher** in einbringlicher und überzeugender Weise die jammervolle Bankrottspolitik des Bürgerturns vor Augen. — Im nahezu bis auf den letzten Platz besetzten Bürgergarten von Johannisthal sprach Genosse **Max Schütte**, ebenso auch in **Falkenberg**. In beiden Stellen löste der Vortrag des Redners starken Beifall aus. — Vor dem Karlshorster Genossen sprach Genosse **Kohler**. Besonderer Beifall fand er mit jenem Teil seiner Ausführungen, in denen er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Schwere der bevorstehenden Ereignisse den Zusammenbruch der Arbeiterkraft fördern möge. — Die Wilmersdorfer Genossen erfreute und begeisterte Genossin **Kane** mit ihrer Rede. Die Nachmittagsfeier am Drankesee sah an die 5000 festlich bewegte Menschen vereint. — In Buchholz und in Karow erweckte Genosse **Möbus** mit seinen zündenden Reden die freudige und begeisterte Zustimmung der Anwesenden. In Buchholz fand ein impetanter Demonstrationzug statt. — Die Genossen der nahe beieinander liegenden Ortlichkeiten **Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf** vereinigten sich in Mahlsdorf zu einer außerordentlich padenden Rundgebung des arbeitenden Volkes. Die Festrede hielt Genosse **Spiedt**. — Auf der Kirchweide zu **Königsplatz** sprach Genosse **Gebert**. Die Versammlung gelang aufs beste, trotzdem die UEB in letzter Stunde ein Zusammengehen abgelehnt hatte. — In **Rosenthal** hielt Genosse **Dr. W. Jechlin** ein ausgezeichnetes, sehr eindrucksvolles Referat, während Genossin **Gertrud Hanna** es übernommen hatte, in **Blankenburg** zu sprechen, wo es ihr gelang, die Anwesenden durch den großen Ernst und die Eindringlichkeit ihrer Rede zu fesseln.

Auch aus der Provinz Brandenburg und den angrenzenden Provinzen liegen Berichte vor, die Kunde geben von dem prächtigen Verlauf aller Veranstaltungen. In den Ortlichkeiten der Niederlausitz **Sachsen-Anhalt, Altkreis und Kossbau** sprach Genosse **Fuß**. Berlin und erregte mit seinen Ausführungen größte und begeisterte Zustimmung. — In **Liebenwalde** hielt Genosse **Schling** unter freiem Himmel ein mit Beifall aufgenommenes Referat, in **Meseritz** sprach Genosse **Kempe** und in **Schwerin a. d. W.** Genosse **Buchholz**, beide unter freudiger Zustimmung aller Hörer.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Dienstag, den 3. Mai:

11. Kreis **Schöneberg-Heidenau**. 8 Uhr im Festsaal des Schloß Feurigsche, Kreisverzeihung, Tagesordnung: 1. Bericht. 2. Rechnung des Kreisvorstandes. 3. Entwürfe aus der Kasse. — Sängerkreis: Gruppe Lichtenberg: 7 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Schlenker, Elmpfänger. 22. Vortragsabend.

Morgen, Mittwoch, den 4. Mai:

3. Kreis **Wedding**. 6 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Kersin, Pantier. 60. Sitzung des Vorstandes. 14. Wkt. 7 Uhr bei Schuler, Albersdorfer Str. 8.

22. Wkt. 7 Uhr **Offenverammlung der Wt. Gemeindefunk. Gesamtst. Straße 2.** Referat **Werner Bieri** „Stellungnahme zum Schulprogramm „Kantens“. 7. Wkt. **Bahlem**. 7 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Schilling, Adolfs-Grise-Str. 2. Versammlung und Sängerkreis. 102. Wkt. **Baumgartenweg**. 7 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Bernat, Baumgartenstr. 22. Sitzung (Sängerkreis) Funktionäre. 110. Wkt. **Grünau**. 7 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Böhle, Köpenicker, Edle Wilhelmstraße, Frauenabend. Referat **Adelbert Rablitz** „Röberne Erziehung in der Schule“. 123. Wkt. **Rahnsdorf**. 7 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Hübner, Wilhelmstr., Edle Bahnhofstraße, Frauenabend. Referat **Willy Wöhr** „Steuern“. 126. Wkt. **Reinickendorf-Öst**. 7 Uhr bei Hübner, Wilhelmstr. 123. Sitzung des engeren Vorstandes. Die Obliste der Kommissionen wollen ebenfalls erscheinen. 141. Wkt. **Rosenthal**. 8 Uhr bei Petron, Hauptstr. 15. Sitzung Sängerkreis Funktionäre.

3. Kreis **Wedding**. Donnerstag, den 4. Mai, Herrenpartie. Treffpunkt morgens 7 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Kersin, Pantier. 60. Abschied von Bahnhof Gesundbrunnen 8.11 Uhr, Bahnsteig D, nach Frohnau.

Jugendveranstaltungen.

Berein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. Sekretariat: Wkt. 48, 3a den Jellen 22. Dienstag, den 3. Mai:

Neukölln-Nord: Friedrichstraße, Mitgliederversammlung. — **Reinickendorf-Öst:** Kiehlengold, Hausstr. 44. Mitgliederversammlung. — **Schöneberg II:** Schule, Hauptstr. 10. Mitgliederversammlung. — **Stroten:** Gartenstraße, Diskussionsabend: „Wie soll man wandern?“ — **Tegel:** Rahnsdorf, 13. Vortragsabend: „Kinohund und Schundliteratur“.

Aus aller Welt.

Absturz eines Flugzeuges. Am Sonntag nachmittag gegen 2 Uhr stürzte in Hachtloß hinter Schmelzen bei Hamburg ein neues Flugzeug aus etwa 800 Meter Höhe ab. Der Flugzeugführer **Figger**, und ein Passagier hatten einen Probeflug unternommen. Figger, der erheblich verletzt ist, wurde ins Krankenhaus geschafft, ebenso der Passagier, bei dem wenig Hoffnung für ein Wiederaufkommen besteht. Der Absturz erfolgte durch Versagen der Steuervorrichtung.

Zänklige Steuerstraße. Wegen unrichtiger Angaben in der Steuererklärung wurde der Bankier **Bacharach** in Salzweil zu einer Geldstrafe von 332 550 M. verurteilt.

Sport.

Nennen im Grunewald.

Trotz der Arbeitsrude im Verkehrsgewerbe versammelte der grünen Rasen am Sonntag ein zahlreiches Publikum, auch der Montag fand viele interessierte Zuschauer. Nachstehend die Ergebnisse:

1. Sonntag.

Eröffnungsfahren. 22 000 M., 1600 Meter. **Friedrichs Gombel** (Radler) 1., **Radam** (Himmelmann) 2., **Valentina** (D. Schmidt) 3. Tot. 15. Wkt. 11. 12:10. **Berner** liefen: **Wachtel** (4.). Zeit 2-1 $\frac{1}{2}$, 2g. — **Kudamäcker-Nennen.** 15 000 M., 1800 Meter. **E. Schirps** (Klaus (Vielsoß)) 1., **Mulleman** (Radler) 2., **Houffa** (Radler) 3. Tot. 119. Wkt. 13:10. **Berner** liefen: **Olmet**, **Rea Diabolo** (4.). **Rosmarie**. **Wegenweide** liefen: 1/2 bis 2 $\frac{1}{2}$, 1 $\frac{1}{2}$, 2g. — **Pulcherrima-Nennen.** 27 000 M., 1400 Meter. **H. v. Lepel** (Kaportia (Hensch)) 1., **Magelone** (D. Schmidt) 2., **Die Götze** (Himmelmann) 3. Tot. 66. Wkt. 17. 15:10. **Berner** liefen: **Flugschiff** (4.), **Helldarke** (5.). **Kampf** 1/2-2 $\frac{1}{2}$, 1 $\frac{1}{2}$, 2g. — **Spätere gartener Ausgleich.** 40 000 M., 1800 Meter. **Waldt** (Kudamäcker) 1., **Provingler** (Kudamäcker) 2., **Waldt** (Kudamäcker) 3. Tot. 60. Wkt. 15. 15:10. **Berner** liefen: **Armenier**, **Waldt** (4.). **Dunk** (5.). **Waldt** (6.). **Waldt** (7.). **Waldt** (8.). **Waldt** (9.). **Waldt** (10.). **Waldt** (11.). **Waldt** (12.). **Waldt** (13.). **Waldt** (14.). **Waldt** (15.). **Waldt** (16.). **Waldt** (17.). **Waldt** (18.). **Waldt** (19.). **Waldt** (20.). **Waldt** (21.). **Waldt** (22.). **Waldt** (23.). **Waldt** (24.). **Waldt** (25.). **Waldt** (26.). **Waldt** (27.). **Waldt** (28.). **Waldt** (29.). **Waldt** (30.). **Waldt** (31.). **Waldt** (32.). **Waldt** (33.). **Waldt** (34.). **Waldt** (35.). **Waldt** (36.). **Waldt** (37.). **Waldt** (38.). **Waldt** (39.). **Waldt** (40.). **Waldt** (41.). **Waldt** (42.). **Waldt** (43.). **Waldt** (44.). **Waldt** (45.). **Waldt** (46.). **Waldt** (47.). **Waldt** (48.). **Waldt** (49.). **Waldt** (50.). **Waldt** (51.). **Waldt** (52.). **Waldt** (53.). **Waldt** (54.). **Waldt** (55.). **Waldt** (56.). **Waldt** (57.). **Waldt** (58.). **Waldt** (59.). **Waldt** (60.). **Waldt** (61.). **Waldt** (62.). **Waldt** (63.). **Waldt** (64.). **Waldt** (65.). **Waldt** (66.). **Waldt** (67.). **Waldt** (68.). **Waldt** (69.). **Waldt** (70.). **Waldt** (71.). **Waldt** (72.). **Waldt** (73.). **Waldt** (74.). **Waldt** (75.). **Waldt** (76.). **Waldt** (77.). **Waldt** (78.). **Waldt** (79.). **Waldt** (80.). **Waldt** (81.). **Waldt** (82.). **Waldt** (83.). **Waldt** (84.). **Waldt** (85.). **Waldt** (86.). **Waldt** (87.). **Waldt** (88.). **Waldt** (89.). **Waldt** (90.). **Waldt** (91.). **Waldt** (92.). **Waldt** (93.). **Waldt** (94.). **Waldt** (95.). **Waldt** (96.). **Waldt** (97.). **Waldt** (98.). **Waldt** (99.). **Waldt** (100.). **Waldt** (101.). **Waldt** (102.). **Waldt** (103.). **Waldt** (104.). **Waldt** (105.). **Waldt** (106.). **Waldt** (107.). **Waldt** (108.). **Waldt** (109.). **Waldt** (110.). **Waldt** (111.). **Waldt** (112.). **Waldt** (113.). **Waldt** (114.). **Waldt** (115.). **Waldt** (116.). **Waldt** (117.). **Waldt** (118.). **Waldt** (119.). **Waldt** (120.). **Waldt** (121.). **Waldt** (122.). **Waldt** (123.). **Waldt** (124.). **Waldt** (125.). **Waldt** (126.). **Waldt** (127.). **Waldt** (128.). **Waldt** (129.). **Waldt** (130.). **Waldt** (131.). **Waldt** (132.). **Waldt** (133.). **Waldt** (134.). **Waldt** (135.). **Waldt** (136.). **Waldt** (137.). **Waldt** (138.). **Waldt** (139.). **Waldt** (140.). **Waldt** (141.). **Waldt** (142.). **Waldt** (143.). **Waldt** (144.). **Waldt** (145.). **Waldt** (146.). **Waldt** (147.). **Waldt** (148.). **Waldt** (149.). **Waldt** (150.). **Waldt** (151.). **Waldt** (152.). **Waldt** (153.). **Waldt** (154.). **Waldt** (155.). **Waldt** (156.). **Waldt** (157.). **Waldt** (158.). **Waldt** (159.). **Waldt** (160.). **Waldt** (161.). **Waldt** (162.). **Waldt** (163.). **Waldt** (164.). **Waldt** (165.). **Waldt** (166.). **Waldt** (167.). **Waldt** (168.). **Waldt** (169.). **Waldt** (170.). **Waldt** (171.). **Waldt** (172.). **Waldt** (173.). **Waldt** (174.). **Waldt** (175.). **Waldt** (176.). **Waldt** (177.). **Waldt** (178.). **Waldt** (179.). **Waldt** (180.). **Waldt** (181.). **Waldt** (182.). **Waldt** (183.). **Waldt** (184.). **Waldt** (185.). **Waldt** (186.). **Waldt** (187.). **Waldt** (188.). **Waldt** (189.). **Waldt** (190.). **Waldt** (191.). **Waldt** (192.). **Waldt** (193.). **Waldt** (194.). **Waldt** (195.). **Waldt** (196.). **Waldt** (197.). **Waldt** (198.). **Waldt** (199.). **Waldt** (200.). **Waldt** (201.). **Waldt** (202.). **Waldt** (203.). **Waldt** (204.). **Waldt** (205.). **Waldt** (206.). **Waldt** (207.). **Waldt** (208.). **Waldt** (209.). **Waldt** (210.). **Waldt** (211.). **Waldt** (212.). **Waldt** (213.). **Waldt** (214.). **Waldt** (215.). **Waldt** (216.). **Waldt** (217.). **Waldt** (218.). **Waldt** (219.). **Waldt** (220.). **Waldt** (221.). **Waldt** (222.). **Waldt** (223.). **Waldt** (224.). **Waldt** (225.). **Waldt** (226.). **Waldt** (227.). **Waldt** (228.). **Waldt** (229.). **Waldt** (230.). **Waldt** (231.). **Waldt** (232.). **Waldt** (233.). **Waldt** (234.). **Waldt** (235.). **Waldt** (236.). **Waldt** (237.). **Waldt** (238.). **Waldt** (239.). **Waldt** (240.). **Waldt** (241.). **Waldt** (242.). **Waldt** (243.). **Waldt** (244.). **Waldt** (245.). **Waldt** (246.). **Waldt** (247.). **Waldt** (248.). **Waldt** (249.). **Waldt** (250.). **Waldt** (251.). **Waldt** (252.). **Waldt** (253.). **Waldt** (254.). **Waldt** (255.). **Waldt** (256.). **Waldt** (257.). **Waldt** (258.). **Waldt** (259.). **Waldt** (260.). **Waldt** (261.). **Waldt** (262.). **Waldt** (263.). **Waldt** (264.). **Waldt** (265.). **Waldt** (266.). **Waldt** (267.). **Waldt** (268.). **Waldt** (269.). **Waldt** (270.). **Waldt** (271.). **Waldt** (272.). **Waldt** (273.). **Waldt** (274.). **Waldt** (275.). **Waldt** (276.). **Waldt** (277.). **Waldt** (278.). **Waldt** (279.). **Waldt** (280.). **Waldt** (281.). **Waldt** (282.). **Waldt** (283.). **Waldt** (284.). **Waldt** (285.). **Waldt** (286.). **Waldt** (287.). **Waldt** (288.). **Waldt** (289.). **Waldt** (290.). **Waldt** (291.). **Waldt** (292.). **Waldt** (293.). **Waldt** (294.). **Waldt** (295.). **Waldt** (296.). **Waldt** (297.). **Waldt** (298.). **Waldt** (299.). **Waldt** (300.). **Waldt** (301.). **Waldt** (302.). **Waldt** (303.). **Waldt** (304.). **Waldt** (305.). **Waldt** (306.). **Waldt** (307.). **Waldt** (308.). **Waldt** (309.). **Waldt** (310.). **Waldt** (311.). **Waldt** (312.). **Waldt** (313.). **Waldt** (314.). **Waldt** (315.). **Waldt** (316.). **Waldt** (317.). **Waldt** (318.). **Waldt** (319.). **Waldt** (320.). **Waldt** (321.). **Waldt** (322.). **Waldt** (323.). **Waldt** (324.). **Waldt** (325.). **Waldt** (326.). **Waldt** (327.). **Waldt** (328.). **Waldt** (329.). **Waldt** (330.). **Waldt** (331.). **Waldt** (332.). **Waldt** (333.). **Waldt** (334.). **Waldt** (335.). **Waldt** (336.). **Waldt** (337.). **Waldt** (338.). **Waldt** (339.). **Waldt** (340.). **Waldt** (341.). **Waldt** (342.). **Waldt** (343.). **Waldt** (344.). **Waldt** (345.). **Waldt** (346.). **Waldt** (347.). **Waldt** (348.). **Waldt** (349.). **Waldt** (350.). **Waldt** (351.). **Waldt** (352.). **Waldt** (353.). **Waldt** (354.). **Waldt** (355.). **Waldt** (356.). **Waldt** (357.). **Waldt** (358.). **Waldt** (359.). **Waldt** (360.). **Waldt** (361.). **Waldt** (362.). **Waldt** (363.). **Waldt** (364.). **Waldt** (365.). **Waldt** (366.). **Waldt** (367.). **Waldt** (368.). **Waldt** (369.). **Waldt** (370.). **Waldt** (371.). **Waldt** (372.). **Waldt** (373.). **Waldt** (374.). **Waldt** (375.). **Waldt** (376.). **Waldt** (377.). **Waldt** (378.). **Waldt** (379.). **Waldt** (380.). **Waldt** (381.). **Waldt** (382.). **Waldt** (383.). **Waldt** (384.). **Waldt** (385.). **Waldt** (386.). **Waldt** (387.). **Waldt** (388.). **Waldt** (389.). **Waldt** (390.). **Waldt** (391.). **Waldt** (392.). **Waldt** (393.). **Waldt** (394.). **Waldt** (395.). **Waldt** (396.). **Waldt** (397.). **Waldt** (398.). **Waldt** (399.). **Waldt** (400.). **Waldt** (401.). **Waldt** (402.). **Waldt** (403.). **Waldt** (404.). **Waldt** (405.). **Waldt** (406.). **Waldt** (407.). **Waldt** (408.). **Waldt** (409.). **Waldt** (410.). **Waldt** (411.). **Waldt** (412.). **Waldt** (413.). **Waldt** (414.). **Waldt** (415.). **Waldt** (416.). **Waldt** (417.). **Waldt** (418.). **Waldt** (419.). **Waldt** (420.). **Waldt** (421.). **Waldt** (422.). **Waldt** (423.). **Waldt** (424.). **Waldt** (425.). **Waldt** (426.). **Waldt** (427.). **Waldt** (428.). **Waldt** (429.). **Waldt** (430.). **Waldt** (431.). **Waldt** (432.). **Waldt** (433.). **Waldt** (434.). **Waldt** (435.). **Waldt** (436.). **Waldt** (437.). **Waldt** (438.). **Waldt** (439.). **Waldt** (440.). **Waldt** (441.). **Waldt** (442.). **Waldt** (443.). **Waldt** (444.). **Waldt** (445.). **Waldt** (446.). **Waldt** (447.). **Waldt** (448.). **Waldt** (449.). **Waldt** (450.). **Waldt** (451.). **Waldt** (452.). **Waldt** (453.). **Waldt** (454.). **Waldt** (455.). **Waldt** (456.). **Waldt** (457.). **Waldt** (458.). **Waldt** (459.). **Waldt** (460.). **Waldt** (461.). **Waldt** (462.). **Waldt** (463.). **Waldt** (464.). **Waldt** (465.). **Waldt** (466.). **Waldt** (467.). **Waldt** (468.). **Waldt** (469.). **Waldt** (470.). **Waldt** (471.). **Waldt** (472.). **Waldt** (473.). **Waldt** (474.). **Waldt** (475.). **Waldt** (47

Erhöhung der Unfallrenten.

Zusammenfluß der Kriegsbeschädigtenorganisationen.

Strümpfe
Qualität, feinsichtig, doppelte
schwarz und alle
..... Mk. **14⁵⁰**

Strümpfe
schle, gute Baum-
schwarz, weiss,
..... Mk. **8²⁵**

rf & Co.
cestr. 1/2

Die Maifeiern im Reich.

Unseren Berichten über die Veranstaltung auswärtiger Maifeiern haben wir noch folgendes nachzutragen:

Die Maifeier unserer Parteigenossen in Dresden spielte sich im Rahmen eines großen Volksfestes mit musikalischen und sportlichen Darbietungen im Ausstellungspalast ab. Am Nachmittag hielt Ministerpräsident B. u. L. die Festansprache. Zu gleicher Zeit sprachen noch auf dem Ausstellungsgelände zu den zahlreich versammelten Massen Frau Staatsrätin Stolz und Landtagsabgeordneter Arzt. — Einem höchst verklausulierten Bericht der gänzlich in den Dienst der Reaktion eingespannten U. aus München entnehmen wir, daß auch dort der 1. Mai von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in imposanter Weise begangen wurde. Die genannte Korrespondenz kann sich den überflüssigen Hinweis auf die völlige Ruhe in der Stadt nicht ersparen, der einem Beobachter darüber, daß es nicht zu Zusammenstößen mit der allzeit zum Sprung bereiten Einwohnerwehr kam, verzweifelt ähnlich sieht. Im übrigen muß selbst die U. zugeben, daß die Versammlungen und Maifeiern der Arbeiterpartei „wie immer sehr stark besucht“ waren.

Die Maifeier im Ausland.

Wien, 2. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Maifesttag nahm den gewohnten Verlauf: am Vormittag zahlreiche Versammlungen für Völkerverständnis und gegen Krieg und Gewalt, am Nachmittag der Zug der Hunderttausende in den Prater und das Volksfest in allen Gasthausgärten. — Die Versammlung der Kommunisten vor der Gottliebstraße hatte kaum 8000 Teilnehmer.

Paris, 2. Mai. (WZ.) Der 1. Mai wurde in Frankreich in aller Ruhe gefeiert. Nur aus Orléans berichtet das „Echo de Paris“ von einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Polizei. Es soll zu einigen Verhaftungen gekommen sein.

Budapest, 2. Mai. (WZ.) Der erste Mai ist in Ungarn ruhig, ohne Demonstration oder Unruhen verlaufen (denn wer feiert, wird kraft entgegengesetzten Horoskops nicht massakriert. Red.).

Zutowinoff statt Kopp.

Die Redungen über die Abberufung Wigdor Kopp werden nunmehr von der Berliner Sowjetzeitung „Kommunist“ dahin bestätigt, daß Kopp sich in diesen Tagen nach Moskau begeben, um der Sowjetregierung persönlich Bericht zu erstatten. Die Leitung der Berliner Sowjetmission übernimmt provisorisch Zutowinoff, der bisher zweiter Sekretär des Allrussischen Zentralersekretariats war. Seinen früheren Posten eines Sekretärs des Allrussischen Gewerkschaftsrates hat Zutowinoff wegen Differenzen mit der herrschenden Richtung in der Gewerkschaftsfrage niedergelegt. Zutowinoff ist bereits vor etwa drei Wochen nach Berlin delegiert worden.

Paris, 2. Mai. (WZ.) „Le Petit Journal“ meldet: Die französische Regierung hat es abgelehnt, dem russischen Sowjetkommissar Zutowinow die Einreiseerlaubnis nach Frankreich zu erteilen mit der Begründung, daß sie von ihrem Standpunkte, keinerlei Beziehungen zu der bolschewistischen russischen Regierung aufzunehmen, nicht abwichen.

Preussische Maßregelungspolitik.

Die demokratischen Blätter suchen den Hinauswurf des Genossen Siering aus dem Handelsministerium durch den „demokratischen“ Handelsminister Fischbeck zu bemänteln, indem sie eine offiziöse Notiz wiedergeben, wonach die Entlassung Sierings schon vom alten Kabinett beschlossen worden wäre.

Hierzu schreibt die „S. R.“: Das Gegenteil ist richtig. Das alte Kabinett hatte in Aussicht genommen, daß die parlamentarischen Staatssekretäre nach den Wahlen fortfallen sollten. Besonders die Sozialdemokratie hatte sich dafür eingesetzt, während das Zentrum in den Verhandlungen über die Regierungsbildung wiederholt seinen Wunsch zum Ausdruck brachte, wenigstens einige dieser Staatssekretäre beizubehalten. Aber gerade bei der Beschlussfassung über die parlamentarischen Staatssekretäre war es der Herr Handelsminister Fischbeck gewesen, der betont hatte, daß es mit keinen sozialpolitischen Belangen ganz anders läge und daß ihre Beibehaltung wünschenswert sei. Erst seitdem Herr Fischbeck seine Ministerherrlichkeit sichern zu können glaubt, indem er zur Freude der Rechtspartheien Sozialdemokraten maßregelt, ist ihm die andere Erkenntnis gekommen. Die Sozialdemokratie hat freilich auch die Abschaffung der Beiratsposten schon seit langem gewünscht, und bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung ist es gerade der Abgeordnete Siering gewesen, der unter Hinweis auf seine Erfahrungen bei, diese Posten künftig in Wegfall zu bringen. Aber das hätte für Herrn Fischbeck keine Veranlassung zu sein brauchen, nun ohne jede vorherige Verständigung mit dem Kabinett und mit den Beteiligten seinen brüskten Rindigungsbrief zu schreiben. Der Ueberreifer zeigt allzu deutlich, wie gern Herr Fischbeck diese Bräuterei vornimmt. Die ganze reaktionäre Presse vom „Volkswacht“ bis zur „Deutschen Zeitung“ hat denn auch Herrn Fischbeck zugeschworen und erklärt, Sierings Entlassung sei die selbstverständliche Antwort auf die Rede, die er im Landtag gegen das neue Kabinett gehalten hat. Damit haben Herrn Fischbecks Freunde den Charakter der Maßregelung, noch dazu wegen einer Abwägung, die unter dem Schutz der Immunität steht, deutlich unterstrichen.

Der Fall Müller-Brandenburg.

Einer Zuschrift aus dem thüringischen Ministerium des Innern entnehmen wir, daß der von der Reichsregierung mit der Untersuchung betraute Oberregierungsrat Wagner (ein früherer Generalstabschef) ausdrücklich anerkannt hat, die überwiegende Masse der Landespolizeibeamten Thüringens mache einen ausgezeichneten Eindruck. Er werde deshalb für die Fortdauer der Subventionierung durch das Reich und für die Genehmigung einer Vermehrung der Thüringer Landespolizei auf 1200 Mann eintreten.

Durch WZ-Berichtung ist behauptet worden, daß gegen Major Müller-Brandenburg ein Verfahren eingeleitet worden sei wegen Verunglimpfung von Kommunisten und Unabhängigen bei Einsetzung von Leuten in die Thüringer Landespolizei. Diese Notiz ist nach Mitteilung des Ministeriums in dieser Form nicht zutreffend. Es wird ihm in der Hauptsache vorgeworfen, daß er einer kleinen Gruppe von Unzufriedenen Elementen, von denen nicht feststeht, daß sie Kommunisten sind, einen verhältnismäßig großen Einfluß auf die Landespolizei eingeräumt hat.

Ein Symptom, daß die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung nicht nach dem Wunsch der deutschnationalen Demagogen ausgefallen sind, liefert die „Deutsche Zeitung“, die nördlich (offenbar von dem Hauptdenunzianten persönlich bedient) den lauteften Lärm geschlagen hat. Jetzt beschränkt sie sich, daß Oberregierungsrat Wagner so objektiv und unparteiisch vorgehe, daß die

Zeugen „durch die Enge der Thüringer Verhältnisse“ eingeschüchtert seien, und besonders erregt es den Zorn des Oberdenunzianten, daß dem angebeschuldigten Major Müller-Brandenburg „in ausreichendem Maße Gelegenheit gegeben wird, sofort zu den beabsichtigten Aussagen Stellung zu nehmen“. Damit kennzeichnet er die belastenden Aussagen selber als solche, die nur in Abwesenheit des Beschuldigten standhalten!

Um von dieser fatalen Situation abzulenken, behauptet die „Deutsche Zeitung“ — wiederum ohne die geringste sachliche Unterlage —, daß die Vorbereitungen hoher thüringischer Regierungsstellen zur Bildung roter Kampforganisationen schon weit fortgeschritten seien! — Ob Major Müller-Brandenburg einzelne Unkorrektheiten begangen hat, wird die Untersuchung ergeben. Aber die Behauptung, die thüringische Regierung bilde rote Kampforganisationen, ist Blödsinn so ungeheuerlicher Art, daß das Geschrei der „Deutschen Zeitung“ nach einem Einschreiten des Reichsanwalts hiergegen selbst die U. nur ein mitleidiges Lächeln entlocken dürfte.

Hindenburg an die Ordensbeträger.

Folgende höchst belustigende Nachricht wird durch WZ. verbreitet:

Ich sehe mich zu der Erklärung veranlaßt, daß ich in keiner Weise beabsichtigt bin, die nachträgliche Verleihung von Kriegorden herbeizuführen, oder solche gar selbst zu verleihen.

Hannover, 30. 4. 21. Hindenburg, Generalfeldmarschall. Dieser neueste „Erlaß“ Hindenburgs steht geradezu wie ein Rottfleck aus. Hindenburg kann sich offenbar vor denen, für die ein leeres Ansehen ein unerträglicher Anblick ist, nicht anders als durch die Flucht in die Dummheit retten. Ein erhebendes Zeichen für den Hyazinthenwuchs unserer „deutschen Rassen!“

„Enthüllungen“.

Die „München-Kugsburger Abendzeitung“, die zu ihren vornehmsten Mitarbeitern den berühmten Kappisten Traub zählt, schrieb vor einigen Tagen in einer Betrachtung des mitteldeutschen Zustandes folgendes:

Der Ausbruch des wüsten Zustandes im Mansfeldischen ist von den sozialdemokratischen Regierungsteilen bis zu Ebert hinauf begünstigt worden, weil sie sich anders der wildgewordenen Genossen von ganz links nicht erwehren konnten.

Der Plan, den Ebert und seine Genossen ausgeheckt hatten, ist nachher von dem wirklich leitenden Kopf der Sozialdemokratie, Parvus-Helphand, gutgeheißen worden. Parvus und die anderen haben den finkenden Plan nur gefächelt, um der Rechten zu zeigen, die Sozialdemokratie verfinke es ebenfals, den Angriff der Hungrigen auf die Gassen abzuwehren.

Das Stinnesblatt stützt sich bei seinen Enthüllungen auf den fassam bekannten Justizrat Broh, der auf seinem politischen Entwicklungsgang zuletzt bei den Kommunisten angelangt war, bis er kürzlich in einer Verhandlung vor dem Berliner Sondergericht erklärte, daß er keiner Partei mehr angehöre. Es würde kaum verlohnen, auf das Geschwätz des nationalsozialistischen Blattes einzugehen, wenn nicht die Art und Weise, mit der hier vorgegangen wird, charakteristisch für die Methoden der reaktionären Verleumdung wäre: wenn es gilt, die Sozialdemokratie oder ihre Führer in den Augen der Öffentlichkeit verächtlich zu machen, oder wenn derartig sinnlose Mittelungen, wie die oben angeführte, bekräftigt werden sollen, dann scheut sich auch die „nationale“ Presse nicht davor, sich auf „kommunistische Kronzeugen“ zu berufen. Uebrigens war von kommunistischer Seite ganz ähnlich die ebenso lächerliche Behauptung verbreitet worden, der Ruf sei von Sozialdemokraten angezettelt worden, um die wankende sozialistisch-demokratische Regierung zu stützen und dem Bürgerum einen Beweis ihrer Stärke zu geben. Wie immer, finden sich rechts und links zusammen, wenn es Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie zu verbreiten gilt. Welche „Enthüllung“ ist nun die richtige: die des Stinnesblattes oder die der Kommunisten? Es scheint uns zweifelhaft, ob wir auf diese Frage jemals eine Antwort erhalten werden.

Amstenerhebung eines unabhängigen Landrats. Nachdem gestern der Bericht des Oberpräsidenten in Magdeburg über das Verhalten des unabhängigen Landrats Rasparel in Sangerhausen eingegangen ist, hat der Minister des Innern verfügt, daß Rasparel zu dem frühesten möglichen Termin, d. h. zum 1. Juni dieses Jahres, aus dem Amte entlassen und sofort als Leiter Amtsgeheime entlassen wird. In dem Bericht hat der Oberpräsident festgestellt, daß gegen Rasparel der Vorwurf erhoben werden könne, daß er als Landrat unter seinen Umständen der Kommunistischen Partei den Schutz der Stadt anvertrauen durfte.

Verhaftet wurde in Stuttgart am Sonntag, einer Volksfesten Tag, der Führer der Münchener kommunistischen Stadttruppe Fritz Weigel, der gelegentlich einer Rundgebung der Stuttgarter Kommunisten vor dem Rathaus zum gewaltsamen Umsturz aufgefordert hatte.

Die erste Sitzung der sozialdemokratischen Mitglieder des preussischen Staatsrats findet am Freitag, den 6. Mai, vormittags 11 Uhr, im Zimmer 8 des Abgeordnetenbaues statt.

Genosse Alfred Jellisch (Chemnitz) ist zum sachlichen Wirtschaftsminister ernannt worden. Seine Wahl haben wir seinerzeit bereits mitgeteilt.

Der Kampf gegen die Reichsverfassung wird von den preussischen Richtern in jeder nur erdenklichen Form geführt. Unsere Notiz „Ein verfassungstreuer Richter“ vom 24. April d. J. hat uns eine Reihe weiterer Zuschriften eingetragen; so wird uns mitgeteilt, daß der Vorsitzende des Schöffengerichts Potsdam, Amtsgerichtsrat Dr. v. Edardsberg, auf den Hinweis einer Person, die sei freidenkerin und möchte den Eid in der religiösen Form nicht leisten, wörtlich erwiderte: „Das gibt es nicht! Sie müssen den Eid so nachsprechen, wie ich ihn vortrage. Der Eid ist noch nicht abgeändert.“ Die Justizbehörden täten gut daran, für alle deutschen und insbesondere preussischen Richter Nachhilskurse in der Erklärung der republikanischen Verfassung einzurichten.

Arbeitslosigkeit / Landarbeit / Siedlung.

Gen. Dr. Striemer bittet uns um Aufnahme folgender Entgegnung. Als ehemaliger Kollegen geben wir ihm gern das Wort, ohne uns damit jede einzelne Wendung zu eigen zu machen. Aber selbst wer die Kritik, die Gen. Striemer an Zuständen in der Arbeiterpartei übt, stellenweise als zu hart empfindet, wird nicht abstreiten, daß sie daneben auch viel Berechtigtes enthält und vor allem einem ehrlichen, tatkräftigen Willen entspringt:

Die „Freiheit“ beschäftigt sich mit mir des öfteren, teils in zwei Artikeln: „Herrn Stinnes zur gefälligen Bedienung“ und „Der Ignorant“.

Ich habe kürzlich in Magdeburg vor den Betriebsräten einen Vortrag über Sozialisierung gehalten, um ihnen dieses schwierige Problem in der Weise darzustellen, die ich für

richtig halte, um zu positiven Ergebnissen überhaupt kommen zu können. In der Diskussion wurde auf die Arbeitslosigkeit hingewiesen, und ich bemerkte im Schlußwort, daß es unter der heutigen wirtschaftlichen Gesamtlage eine geradezu furchtbare Tragik sei, daß das Bundesarbeitsamt für die Braunschweig 30 000 Einreiseerlaubnisse für ausländische Arbeiter hat erteilen müssen, um den Bedarf an Arbeitskräften zu befriedigen. Ich verwies dabei auf die Notwendigkeit, insbesondere die Jugendlichen und Bedigen, die körperlich geeignet sind, zur Arbeitsaufnahme zu veranlassen.

Die Ausführungen haben die „Freiheit“ und die „Rote Fahne“ zu weiteren Zusätzen gegen mich veranlaßt, sie haben mich Herrn Stinnes und den Großgrundbesitzern als Lafai empfohlen. Weder mit der Diktatur des Proletariats noch mit solchen Empfehlungen lösen wir das Problem. Gewiß wollen viele Agrarier den Arbeitslosen aus der Stadt nicht angemessen behandeln, aber wir haben auch die Pflicht, verschiedenen unserer arbeitslosen Genossen zu sagen, daß man es auch dem Arbeitgeber nicht verargen kann, wenn er solche Leute ablehnt, die ihre Pflichten nicht kennen oder kennen wollen. Auch kein sozialistischer Betrieb kann mit Arbeitskräften arbeiten, denen es am notwendigen Benehmen und guten Willen den Betreibern gegenüber fehlt. Die „Freiheit“ und ihre Freunde können ohne weiteres Güter erwerben und sozialisieren, ebenso wie Baubetriebe sozialisiert worden sind. Solche Vorbilder und Musterbilder wären verdienstlich. Ich kenne manche tüchtige U.S.P.-Genossen, die in einfachen Holzbaracken mit Familie überwinter haben, um zur Siedlung, zur eigenen Scholle zu gelangen. Warum sollen nicht Bedige hinausgehen, um als Landarbeiter zu lernen, warum hat man nicht längst Siedlerschulen für Arbeiter, für Arbeitslose geschaffen? Auch im Bergbau hat die Aufnahme von ungeschulten Arbeitern zur Bildung von Vorkameradschaften geführt. Es fehlt eben vielfach am rechten Willen, die Schwierigkeiten der Umstellung auf sich zu nehmen. Arbeiter zu beschäftigen und zu leiten ist nicht eine so ganz leichte Sache, jedenfalls ist es schwieriger, als einen Artikel zu schreiben.

Ich wünschte, wir hätten mehr Werkmeister, Betriebsleiter und Administratoren von Können in unseren Reihen, vor allem solche, die den Mut haben, auszusprechen, was in diesen schwierigen praktischen Fragen zum Besten des Ganzen auch ausgesprochen werden muß. Ohne Kritik an den Schwächen in den eigenen Reihen und Selbstkenntnis geht es nicht. An Stelle der Verheerung von Arbeiter gegen Arbeiter, von Arbeiterzeitung gegen Arbeiterzeitung sollte besser an praktische Aufgaben herangetreten werden, die allein uns aus den Utopien herausbringen können. Wir sollten von den christlichen Arbeitern lernen und die wachsende Zahl derer, die sich angeekelt abwenden, wohl beachten.

Dr. Alfred Striemer.

Wirtschaft

Freigabe der Milchwirtschaft.

Entgegen allen Bedenken, die gegen eine Aufhebung der Milchbewirtschaftung erhoben wurden, hat das Reichsernährungsministerium die Milchbewirtschaftung so gut wie völlig aufgehoben. Ueber die Einzelheiten wird dazu von zuständiger Stelle geschrieben:

Zwei im „Reichsgesetzblatt“ veröffentlichte Verordnungen über die Aufhebung der Bewirtschaftung von Speisefetten und Käse und über den Verkehr mit Milch geben vom 1. Juni 1921 ab die Butter- und Käsewirtschaft frei und befreien die Milch grundsätzlich von allen Erfassungsmassnahmen beim Landwirt. Vom 1. Juni 1921 ab findet weder eine Erfassung noch eine Verteilung von Butter statt. Die Rationierungs- und Preisbeschränkungen für Butter kommen in Fortfall. Die Versorgung mit Speisefetten ist damit dem freien Markt überlassen.

Während die Möglichkeit, die Milch als Frischmilch zu liefern oder sie zu Butter oder Käse zu verarbeiten, grundsätzlich nicht eingeengt ist, ist auf der anderen Seite zur Sicherung der Milchversorgung der Verbrauchergebiete:

die Verwendung von Milch zu anderen gewerblichen Zwecken als zur Butter- und Käsebereitung beschränkt, den Versorgungsbereichen die Möglichkeit gegeben, die Milch (soweit sie welche bekommen. Die Reb.) an die Bevölkerung zu verteilen,

die Möglichkeit gegeben, die bisherigen Milchlieferungen der Milchlieferungsstellen nach ihrem bisherigen Empfangsort zu sichern.

Vollmilch, Magermilch und Sahne darf in gewerblichen Betrieben nur zur Herstellung von Butter und Käse verwendet werden. Die Verwendung zu anderen gewerblichen Zwecken, insbesondere zur Broterzeugung, auch zur Schlachtlage, ist verboten. Den Gast- und Schankwirtschaften steht es frei, ihren Milchbedarf durch Kondensmilch zu decken.

Die Kommunalverbände und Gemeinden können kommunale Regelungen über die Verteilung der Milch erlassen. Die Milch wird indes nicht mehr zwangsläufig der Gemeinde zugeführt, die Gemeinde ist vielmehr auf die ihr im freien Verkehr zustehenden Milchmengen angewiesen, die durch freie Milchlieferungsverträge zu sichern sind. Die Verordnung stellt den Gemeinden frei, den Milchhandel zu konfiszieren.

Die Gemeinden können anordnen, daß die Milch nur an bestimmte milchbedürftige Gruppen der Bevölkerung rationsmäßig gegen Karten oder Quittungen abgegeben werden darf.

Die Erzeuger und die Molkereien werden von jedem Zwange in der Bearbeitung und in der Verwendung der Milch frei. Ihnen ist es freigestellt, ob sie die Milch im eigenen Betriebe verwenden, zu Butter oder Käse verarbeiten oder als Frischmilch verkaufen. Um die bisherigen Milchlieferungen aufrechtzuerhalten, sind jedoch bestimmte Sicherungsmassnahmen getroffen. Molkereien und Betriebe mit einer täglichen Erzeugung von mehr als 100 Liter Milch können auch gegen ihren Willen veranlaßt werden, die Milch an ihren bisherigen Empfangsort zu liefern. Es bleibt ihnen die freie Entscheidung, einen anderen Empfänger zu wählen, nur muß dieser für den bisherigen Empfangsort konfiszieren sein.

Um eine Sicherung der Milchlieferung auch in solchen Gebieten zu erreichen, wo die Versorgung auf die nach Sammelstellen geleitete Milch angewiesen ist, sind die Landeszentralbehörden ermächtigt, diese Bestimmungen auch auf Milchsammelstellen und auf die nach Milchsammelstellen fließenden fuhrhaltenden Betriebe auszudehnen.

Die Länder können mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Uebergangsbestimmungen erlassen, doch müssen diese spätestens bis zum 1. September außer Kraft treten.

Es ist in Aussicht genommen, in einiger Zeit auch die Einfuhr von Auslandsbutter allgemein freizugeben. Die Freigabe der Einfuhr von Kondensmilch soll erfolgen, wenn die im Inlande vorhandenen Vorräte zur Deckung des Inlandsbedarfes nicht mehr ausreichen.

Antisozialisierungskurs im neuen Preußen. Die die meist gut unterrichtete „Frankfurter Zeitung“ meldet, lehnte die preussische Staatsregierung es ab, auf eigene Rechnung Aufschubarbeiten im neu entdeckten Steinkohlenlager bei Halle auszuführen, wies aber das Oberbergamt Halle an, Ausführungen von Aufschubarbeiten durch Private nachdrücklich zu fördern! — Wir haben ja noch nicht genug Stinnes!

Unter dem Schutze der Bourgeoisie.

Die Entscheidung des Landgerichts I erscheint uns durchaus gesetzwidrig. Die Gesetze der deutschen Republik gewähren den Arbeitern das Koalitionsrecht. Praktisch hat dieses aber nur dann einen Sinn, wenn diejenigen, die von ihm Gebrauch machen, auch die Möglichkeit haben, von der durch den Zusammenschluß entstandenen Macht Gebrauch zu machen, wenn es gilt, ihre wirtschaftlichen Rechte gegenüber ihren wirtschaftlichen Gegnern zu vertreten. Das ist der Zweck, den die Arbeiter mit der Ausübung ihres Koalitionsrechtes verfolgen und niemand kann in ihm einen anderen Sinn sehen. Wenn man aber den Arbeitern die durch das Koalitionsrecht geschaffenen Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage dadurch nimmt, daß man schon verbietet „Streikposten aufzustellen“, dann versteht man gegen die Verfassungsbestimmungen, die auch für Juristen noch bestehen. Die Konsequenz dieser unverständlichen Redensart wäre die Festsetzung einer Schadenersatzpflicht der Gewerkschaften gegenüber den Unternehmern im Falle eines Streiks. Damit wäre dann allerdings jeder Streik unmöglich gemacht und der Zustand errichtet, den unsere Reaktionsäre schon so lange herbeiführen. Aber die deutsche Arbeiterschaft wird auf dem Posten sein und jeden Anschlag auf die Koalitionsfreiheit mit aller ihr zu Gebote stehenden Macht abwehren.

Die Fachgruppe für Feinmechanik, optische, chirurgische und orthopädische Instrumente im Deutschen Werkmeister-Verband fordert alle noch nicht organisierte Kollegen auf, sich der Fachgruppe anzuschließen. Sie steht auf freigewerkschaftlicher Grundlage, besitzt eigene Tarifkommissionen und ist in ihrer Leitung paritätisch zusammengesetzt. Um in den zukünftigen wirtschaftlichen Kämpfen eine geschlossene Einheitsfront zu erhalten, ist es notwendig, daß alle Mechanikermeister, gleichgültig welcher politischen Partei sie angehören, in der Fachgruppe für Feinmechanik organisiert sind. Nur die Gewerkschaften sind imstande, uns vor dem Chaos zu retten. Der D. B. V. mit seinen 200 000 Mitgliedern ist ein Machtfaktor in der deutschen Industrie. Nicht Uneinigkeit und Zerrüttung

Gegr. 1893 **Gertraudenstraße 20-21** Gegr. 1893

Daß ausschließlich deutsche Verwaltung, deutsche Arbeit und deutsches Kapital in Frage kommen werden, wird für immer gewährleistet. Alle gegentheiligen Behauptungen werden als böswillig und zum Zweck unlauteren Wettbewerbs gemacht zurückgewiesen.